

Münchener Anwaltshandbuch Arbeitsrecht

Bearbeitet von

Dr. Wilhelm Moll, Stephan Altenburg, Prof. Dr. Peter Bengelsdorf, Dr. Holger Betz, Dietrich Boewer, Dr. Indra Burg, Florian Christ, Karl-Dietmar Cohnen, Prof. Dr. Renate Dendorfer-Ditges, Dr. Frank Eckhoff, Ernst Eisenbeis, Prof. Klaus Gennen, Lisa Gerdel, Thomas Glaesmann, Regina Glaser, Dr. Nicola Gragert, Dr. Anno Hamacher, Dr. Wolfgang Hesse, Christoph Hexel, Kay Jacobsen, Hendrik Laak, Dr. Thorsten Leisbrock, Dr. Hans-Joachim Liebers, Dr. Holger Lüders, Dr. Christopher Melms, Dr. Michael Müntefering, Dr. Martin Plum, Dr. Reiner Ponschab, Dr. Oliver Reinartz, Dr. Roland Reinfeld, Dr. Kerstin Reiserer, Dr. Christiane Tischer, Dr. Christoph Ulrich, Prof. Dr. Reinhard Vossen, Katja Buschkröger, Werner Ziemann

4., überarbeitete und erweiterte Auflage 2017. Buch. LXXIV, 3088 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 69298 7

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Gewicht: 2318 g

[Recht > Arbeitsrecht > Arbeitsrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Wilhelm Moll (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Arbeitsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener
Anwalts
Handbuch

Arbeitsrecht

Herausgegeben von

Dr. Wilhelm Moll LL.M.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Köln

Bearbeitet von:

Stephan Altenburg, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in München; *Prof. Dr. Peter Bengelsdorf*, Geschäftsführer a.D. in Kiel; *Dr. Holger Betz*, Richter am Arbeitsgericht Bamberg; *Dietrich Boewer*, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht a.D., Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Indra Burg*, Richterin am Arbeitsgericht Düsseldorf; *Florian Christ*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Heidelberg; *Karl-Dietmar Cohnen*, Rechtsanwalt in Köln; *Prof. Dr. Renate Dendorfer-Ditges* LL.M., MBA, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht in Bonn; *Dr. Frank Eckhoff*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Köln; *Ernst Eisenbeis*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Köln; *Prof. Klaus Gennen*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht und Fachanwalt für IT-Recht in Köln; *Lisa Gerdel*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Thomas Glaesmann*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Regina Glaser* LL.M., Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht in Düsseldorf; *Dr. Nicola Gragert*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht in Hamburg; *Dr. Anno Hamacher*, Direktor des Arbeitsgerichts Solingen; *Dr. Wolfgang Hesse*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Stuttgart; *Christoph Hexel*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Düsseldorf; *Kay Jacobsen*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Hamburg; *Hendrik van Laak*, Richter am Arbeitsgericht Solingen; *Dr. Thorsten Leisbrock*, Dipl.-Kfm., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Köln; *Dr. Hans-Joachim Liebers* LL.M., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Frankfurt am Main; *Dr. Holger Lüders*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Düsseldorf; *Dr. Christopher Melms*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in München; *Dr. Wilhelm Moll* LL.M., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Köln; *Dr. Michael Müntefering*, Richter am Arbeitsgericht Minden; *Dr. Martin Plum*, Richter am Arbeitsgericht, derzeit wiss. Mitarbeiter am Bundesarbeitsgericht in Erfurt; *Dr. Reiner Ponschab*, Rechtsanwalt und Mediator in München; *Dr. Oliver Reinartz*, Richter am Arbeitsgericht Düsseldorf; *Dr. Roland Reinfeld*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Kempen; *Dr. Kerstin Reiserer*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht in Heidelberg; *Dr. Christiane Tischer*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht in Stuttgart; *Dr. Christoph Ulrich*, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Düsseldorf; *Prof. Dr. Reinhard Vossen*, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht a.D., Meerbusch

4., überarbeitete und erweiterte Auflage 2017



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zitiervorschlag: MAH ArbR/*Bearbeiter* § ... Rn. ...

www.beck.de

ISBN 978 3 406 69298 7

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Die 4. Auflage des Handbuchs trägt den Rechtsentwicklungen in den vergangenen Jahren Rechnung. Die Rechtsprechung ist durchgängig in Bewegung. Den jeweils relevanten Stand für die praktische Arbeit abzubilden bleibt Aufgabe eines „Anwalts-Handbuchs“. Arbeitnehmerdatenschutz, AGB-Kontrolle und AGG-Probleme stehen beispielhaft für die Dynamik der Rechtsentwicklung, die nicht minder Befristungs-, Betriebsübergangs- und Betriebsverfassungsfragen betrifft, um nur einige weitere Themen neben dem ohnehin ständig im Fluss befindlichen Kündigungsrecht zu erwähnen. Die Dienstverhältnisse der Geschäftsleiter in den beiden wesentlichen Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaft und Gesellschaft mit beschränkter Haftung) werden für den Arbeitsrechtler zunehmend interessant, zumal BAG und EuGH die Tendenz zur Ausweitung arbeitsrechtlicher Regelungen mindestens auf den GmbH-Geschäftsführer erkennen lassen. Das Buch befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand September 2016.

Die 4. Auflage ist nicht nur mit einer thematischen Aktualisierung verbunden, sie bringt auch in der Autorenschaft teilweise einen Generationenwechsel mit sich, etwa auf den Gebieten der Altersversorgung, der Befristung, der außerordentlichen Kündigung, des Sonderkündigungsschutzes oder der Beteiligung des Betriebsrats bei Kündigungen. Dies gilt nicht minder beispielsweise für Fragen des Fremdpersonaleinsatzes.

Dank sei an dieser Stelle abermals für Hinweise aus dem Leserkreis gesagt. Dank gilt ebenso der sorgfältigen Arbeit des Lektorats. Autoren, Herausgeber und Verlag freuen sich jederzeit über Anregungen aus dem Benutzerkreis.

Köln, im Oktober 2016

Wilhelm Moll

Vorwort zur 1. Auflage

Ein Großer der Rechtswissenschaft, Gerhard Kegel, leitete vor vielen Jahren das Vorwort seines „Kurz“-Lehrbuchs zum IPR mit der Sentenz ein: „„Mehr, mehr!“ schrie der kleine Hävelmann“. – Das Anwachsen von Entscheidungsmaterial, Regelungsbestand und Schrifttum lässt sich gerade auch im Arbeitsrecht geradezu exponentiell beobachten. Dieses Handbuch möchte einen Beitrag dazu leisten, dem Praktiker bei der täglichen Arbeit Orientierung zu geben. Es möchte helfen, in einer konkreten Sachverhaltskonstellation die einschlägigen Normkomplexe zu erfassen. Die juristische Bewältigung eines Lebenssachverhalts durchbricht und überschreitet die Trennung des individuellen Arbeitsrechts vom kollektiven, des materiellen Rechts vom prozessualen etc. Die Darstellungen streben daher an, die für den jeweiligen Problemsachverhalt anzuwendenden Regelungen möglichst in ihrer Gesamtheit zu berücksichtigen. Arbeitszeitfragen werfen arbeitsvertragliche, arbeitsschutzrechtliche und betriebsverfassungsrechtliche, gegebenenfalls auch tarifvertragliche Probleme auf. Entsprechendes gilt für viele andere Fragen. Aufbau und Konzeption des Handbuchs sind daher so angelegt, nicht in herkömmlich-traditioneller Weise Arbeitsvertragsrecht, Betriebsverfassungsrecht, Tarifvertragsrecht etc. darzustellen, sondern in konkreten Fragestellungen der Lebenswirklichkeit – der praktischen Fallbewältigung entsprechend – die zu berücksichtigenden Normbereiche aufzurufen. Das Handbuch ist von „Praktikern“ – Rechtsanwälten und Richtern – für den Rechtsanwalt konzipiert, der sich mit arbeitsrechtlichen Fällen und Problemen konfrontiert sieht. Die Darstellungen sind daher im wesentlichen an der Rechtsprechung orientiert. Meinungsstreite der Wissenschaft können in diesem Rahmen nicht ausgetragen werden.



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Die Rechtslage ist mit dem Stand 1. Juli 2004 berücksichtigt. Das Handbuch hat damit insbesondere alle „Reform“-Gesetze eingearbeitet, die bis zum Beginn des 2. Halbjahres 2004 in Kraft getreten sind.

Zu danken ist an dieser Stelle allen Mitwirkenden, die mit Beharrlichkeit und Einsatz zum Erscheinen des Handbuchs beigetragen haben. Dies gilt selbstverständlich für die Autorinnen und Autoren, die sich mit ihren Beiträgen dem Urteil der Fachöffentlichkeit stellen. Es gilt aber auch für die Anstrengungen und Mühen von Herrn Dr. Burkhard Schröder vom Verlag C.H.Beck, der fachkundig, geduldig und nachdrücklich das Entstehen des Handbuchs begleitet hat.

Autoren, Herausgeber und Verlag sind jederzeit für Anregungen und Hinweise dankbar, um im Sinne einer Dienstleistung am Leser das Handbuch sozusagen als lebenden Organismus weiterzuentwickeln; das Bessere ist der Feind des Guten. Und der Benutzer hat immer nur das „Beste“ verdient.

Köln, im September 2004

Wilhelm Moll

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Autorenverzeichnis	LIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	LVII
Teil A. Das arbeitsrechtliche Mandatsverhältnis	
§ 1 Das Arbeitsrecht in der beratenden und forensischen Praxis (<i>Altenburg</i>)	1
§ 2 Der Anwaltsvertrag im arbeitsrechtlichen Mandat (<i>Altenburg</i>)	27
§ 3 Anwaltsvergütung und Rechtsschutzversicherung (<i>Altenburg</i>)	48
§ 4 Der Gang des arbeitsrechtlichen Mandats am Beispiel der Kündigung (<i>Altenburg</i>)	106
Teil B. Statusfragen	
§ 5 Arbeitnehmer oder Selbstständiger (<i>Reiserer</i>)	139
§ 6 Der Arbeitnehmerbegriff: Abgrenzungsmerkmale (<i>Reiserer</i>)	143
§ 7 Rechtsfolgen fehlerhafter Einordnung (<i>Reiserer</i>)	175
§ 8 Verfahrensfragen (<i>Reiserer</i>)	181
Teil C. Begründung des Arbeitsverhältnisses	
§ 9 Anbahnung des Arbeitsverhältnisses (<i>Melms</i>)	189
§ 10 Begründung des Arbeitsverhältnisses (<i>Melms</i>)	227
§ 11 Arbeitsverhältnisse mit Auslandsberührung (<i>Melms</i>)	322
Teil D. Arbeitspflicht	
§ 12 Art der Tätigkeit (<i>Gragert</i>)	353
§ 13 Arbeitsort (<i>Gragert</i>)	377
§ 14 Arbeitszeit (<i>Gragert</i>)	385
§ 15 Verhaltenspflichten (<i>Gragert</i>)	433
§ 16 Rechte am Arbeitsergebnis (<i>Gennen</i>)	438
§ 17 Nicht- und Schlechtleistung (<i>Eisenbeis</i>)	508
§ 18 Abmahnung (<i>Eisenbeis</i>)	541
Teil E. Entgelt im Arbeitsverhältnis	
§ 19 Bestimmung und Grundlagen des Entgelts (<i>Hexel</i>)	557
§ 20 Arten und Formen der Vergütung (<i>Hexel</i>)	575
§ 21 Ein- und Umgruppierung (<i>Hesse/Tischer</i>)	626
§ 22 Abwicklung und Durchsetzung der Entgeltzahlung (<i>Hexel</i>)	642
§ 23 Mitbestimmung beim Entgelt (<i>Hesse/Tischer</i>)	679
§ 24 Entgelt bei Leistungsstörungen (<i>Glaser</i>)	727
§ 25 Änderung und Flexibilisierung von Entgeltzahlungen (<i>Hexel</i>)	782
§ 26 Bildungs- und Umzugsbeihilfen (<i>Glaser</i>)	805
Teil F. Urlaub	
§ 27 Erholungsurlaub (<i>Jacobsen</i>)	829
§ 28 Mutterschaftsurlaub, Elternzeit, Pflege- und Familienpflegezeit (<i>Jacobsen</i>)	883
§ 29 Bildungsurlaub (<i>Jacobsen</i>)	899
	VII

Inhaltsübersicht

Teil G. Nebenpflichten im Arbeitsverhältnis

§ 30	Geheimnisschutz (<i>Reinfeld</i>)	905
§ 31	Wettbewerbsverbot während des bestehenden Arbeitsverhältnisses (<i>Reinfeld</i>) ...	919
§ 32	Wettbewerbsverbot nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (<i>Reinfeld</i>)	929
§ 33	Loyalitäts- und Rücksichtnahmepflichten, Nebentätigkeit (<i>Reinfeld</i>)	960
§ 34	Nebenpflichten des Arbeitgebers (<i>Reinfeld</i>)	982
§ 35	Compliance und Datenschutz (<i>Dendorfer-Ditges</i>)	1010

Teil H. Betriebliche Altersversorgung

§ 36	Grundlagen (<i>Leisbrock</i>)	1075
§ 37	Ausgestaltung der Versorgungszusage (<i>Leisbrock</i>)	1113
§ 38	Ansprüche nach dem Betriebsrentengesetz (<i>Leisbrock</i>)	1143
§ 39	Wechsel des Versorgungsschuldners und Haftung von Gesellschaftern (<i>Leisbrock</i>)	1183
§ 40	Kündigung, Änderung und Widerruf von Versorgungszusagen (<i>Leisbrock</i>)	1195

Teil I. Beendigung des Arbeitsverhältnisses

§ 41	Befristung (<i>Plum</i>)	1217
§ 42	Kündigungserklärung (<i>Vossen</i>)	1280
§ 43	Ordentliche Kündigung (<i>Vossen/Ulrich</i>)	1298
§ 44	Außerordentliche Kündigung (<i>Reinartz</i>)	1460
§ 45	Sonderkündigungsschutz (<i>Betz/Burg</i>)	1513
§ 46	Änderungskündigung (<i>Boewer</i>)	1586
§ 47	Beteiligung des Betriebsrats bei Kündigungen (<i>Müntefering</i>)	1674
§ 48	Der Kündigungsschutzprozess (<i>Boewer</i>)	1709
§ 49	Aufhebungsverträge (<i>Bengelsdorf</i>)	1855
§ 50	Anzeigepflichtige Entlassungen (<i>Eckhoff</i>)	1949
§ 51	Zeugnis (<i>Eckhoff</i>)	1977
§ 52	Abwicklung des beendeten Arbeitsverhältnisses (<i>Eckhoff</i>)	1989

Teil J. Betriebsübertragungen

§ 53	Tatbestandliche Voraussetzungen des Betriebsübergangs (<i>Cohnen</i>)	1993
§ 54	Rechtsfolgen eines Betriebsübergangs (<i>Cohnen</i>)	2022
§ 55	Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht (<i>Cohnen</i>)	2087

Teil K. Betriebsänderungen

§ 56	Tatbestandsvoraussetzungen von Beteiligungsrechten bei Betriebsänderungen (<i>Liebers</i>)	2133
§ 57	Unterrichtung, Beratung, Verhandlung, Einigung (<i>Liebers</i>)	2186
§ 58	Regelungsinhalte (<i>Liebers</i>)	2233

Teil L. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat

§ 59	Organisation (<i>Glaesmann/Gerdel</i>)	2283
§ 60	Kooperations- und Verhaltenspflichten (<i>Glaesmann/Gerdel</i>)	2310
§ 61	Beteiligungstatbestände (<i>Glaesmann/Gerdel</i>)	2321
§ 62	Kosten (Aufwendungen, Sachverständige, Schulungen) (<i>Glaesmann/Gerdel</i>)	2333
§ 63	Regelungsinstrumente (<i>Glaesmann/Gerdel</i>)	2348
§ 64	Betriebsverfassungsrechtliche Konfliktlösung (<i>Glaesmann/Gerdel</i>)	2363

Teil M. Fremdpersonaleinsatz

§ 65	Drittbezogener Personaleinsatz (<i>Christ</i>)	2377
§ 66	Arbeitnehmerüberlassung (<i>Christ</i>)	2387

Inhaltsübersicht

Teil N. Tarifvertragsrecht

§ 67 Einführung (<i>Hamacher/van Laak</i>)	2425
§ 68 Tarifgeltung (<i>Hamacher/van Laak</i>)	2431
§ 69 Abschluss und Inhalt des Tarifvertrages (<i>Hamacher/van Laak</i>)	2487
§ 70 Rechtsnormen in Tarifverträgen (<i>Hamacher/van Laak</i>)	2507
§ 71 Koalitionsrecht (<i>Hamacher/van Laak</i>)	2533

Teil O. Teilzeitarbeitsverhältnisse und Geringfügige Beschäftigung

§ 72 Teilzeitarbeitsverhältnisse (<i>Reinfeld/Lüders</i>)	2545
§ 73 Der Anspruch auf Teilzeitarbeit (<i>Reinfeld/Lüders</i>)	2562
§ 74 Altersteilzeit (<i>Reinfeld/Lüders</i>)	2590
§ 75 Geringfügige Beschäftigung (<i>Reinfeld/Lüders</i>)	2604

Teil P. Arbeitsgerichtsverfahren

§ 76 Der Anwalt im Arbeitsgerichtsprozess (<i>Ulrich</i>)	2617
§ 77 Das Urteilsverfahren (<i>Hamacher/Ulrich</i>)	2630
§ 78 Das Beschlussverfahren (<i>Ulrich</i>)	2765
§ 79 Kosten und Kostenerstattung (<i>Ulrich</i>)	2788

Teil Q. GmbH-Geschäftsführer und AG-Vorstand

§ 80 Das Anstellungsverhältnis des GmbH-Geschäftsführers (<i>Moll</i>)	2795
§ 81 Das Anstellungsverhältnis des AG-Vorstandsmitglieds (<i>Moll/Eckhoff</i>)	2828

Teil R. Mediation und Konfliktmanagement

§ 82 Mediation und Konfliktmanagement in der Arbeitswelt (<i>Dendorfer-Ditges/Ponschab</i>)	2855
--	------

Sachverzeichnis (<i>Hegen</i>)	2929
--	------



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Das arbeitsrechtliche Mandatsverhältnis

§ 1 Das Arbeitsrecht in der beratenden und forensischen Praxis	1
I. Die Bedeutung des Arbeitsrechts in der anwaltlichen Praxis	2
1. Zahlen und Statistik	2
2. Fachanwaltschaft für Arbeitsrecht	3
II. Rechtsquellen des Arbeitsrechts	5
1. Allgemeines	5
2. Spezielle Branchen	15
3. Angrenzende Rechtsgebiete	18
4. Rangfolge und Verhältnis der Rechtsquellen	19
III. Forensische Tätigkeit	20
1. Feststellung des zuständigen Gerichts	20
2. Schriftsatzform	21
3. Wahrnehmung von Terminen	21
4. Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof	23
IV. Einigungsstelle	24
V. Andere Entscheidungsgremien	25
§ 2 Der Anwaltsvertrag im arbeitsrechtlichen Mandat	27
I. Die Annahme des Mandats	27
1. Pflichten des Rechtsanwalts	27
2. Hinweispflichten hinsichtlich der Kosten und Gebühren	28
3. Prüfung von Interessenkollisionen	30
4. Rechtsschutzversicherung/Vertretung durch Gewerkschaft	32
5. Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines Rechtsanwalts	33
6. Berufshaftpflichtversicherung	33
7. Haftungsbeschränkungen	34
8. Vollmacht	36
9. Erörterung von Gang und Dauer der Mandatsabwicklung	37
10. Vergleichsbereitschaft	38
11. Informationsaustausch zwischen Rechtsanwalt und Mandant	39
II. Die Kündigung des Anwaltsvertrages	40
1. Kündigungsgrund und -frist	40
2. Herausgabe von Handakten	40
III. Der Anwaltswechsel	40
1. Aufklärungspflichten nach Kündigung des Anwaltsvertrages	40
2. Herausgabe von Handakten	41
3. Kosten und Gebühren	42
4. Prozesskostenhilfe	43
IV. Regressanspruch des Mandanten	43
1. Haftungsgrundlage und Voraussetzungen	43
2. Umfang des zu ersetzenden Schadens	44
3. Besonderheiten bei gemeinschaftlicher Berufsausübung	45
4. Verjährung	46
§ 3 Anwaltsvergütung und Rechtsschutzversicherung	48
I. Anwaltsvergütung	50
1. Grundlagen	50
	XI

Inhaltsverzeichnis

2. Vergütungsvereinbarung	50
3. Rechtsanwaltsvergütungsgesetz	54
II. Streitwerte im Urteilsverfahren von A–Z	57
1. Abfindung	57
2. Abmahnung	58
3. Abrechnung	59
4. Änderungskündigung	59
5. Allgemeiner Feststellungsantrag	60
6. Altersteilzeit	60
7. Arbeitsbescheinigung	61
8. Arbeitsleistung	61
9. Arbeitspapiere	61
10. Aufgabenentziehung	61
11. Auflösungsantrag	62
12. Aufrechnung	62
13. Auskunft	63
14. Befristung	63
15. Beschäftigung	63
16. Bestandsstreitigkeiten	64
17. Betriebsübergang	69
18. Darlehen	69
19. Dienstwagen	69
20. Diskriminierung	69
21. Drittschuldnerklage	69
22. Eingruppierung	70
23. Einstweilige Verfügung	70
24. Entschädigung	70
25. Feststellungsklage	70
26. Freistellung	71
27. Herausgabeansprüche	71
28. Integrationsamt	71
29. Klagehäufung	72
30. Kündigung	72
31. Leistungsklage	72
32. Nachträgliche Klagezulassung	72
33. Nachweisgesetz	72
34. Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten	72
35. Statusklage	73
36. Stufenklage	73
37. Teilzeitananspruch	73
38. Unterlassung	73
39. Urlaub	73
40. Vergleich	74
41. Versetzung	75
42. Weisungs- und Direktionsrecht	75
43. Weiterbeschäftigungsanspruch	76
44. Wettbewerbsverbot	76
45. Wiedereinstellungsanspruch	76
46. Wiederkehrende Leistungen	77
47. Zahlungsklage	78
48. Zeugnis	78
III. Streitwerte im Beschlussverfahren von A–Z	79
1. Anfechtung der Betriebsratswahl	79
2. Auflösung des Betriebsrats	79
3. Ausschluss eines Betriebsratsmitglieds	80

Inhaltsverzeichnis

4. Betriebsvereinbarung	80
5. Einigungsstelle	80
6. Einsicht in Bruttogehaltslisten	81
7. Einstweilige Verfügung	81
8. Freistellung eines Betriebsratsmitglieds	81
9. Mitbestimmung	82
10. Sachmittel des Betriebsrats	84
11. Sachverständige	84
12. Schulung	84
13. Sozialplan	85
14. Unterlassungsanspruch	85
15. Wirtschaftsausschuss	85
16. Zutritt zum Betrieb	85
IV. Rechtsschutzversicherung	86
1. Anspruch auf Arbeits-Rechtsschutz	86
2. Obliegenheiten	91
3. Leistungen in Zusammenhang mit Arbeits-Rechtsschutz	94
4. Vorgehensweise bei bestehender Rechtsschutzversicherung	99
5. Deckungsschutzanfrage	100
6. Reaktionsmöglichkeiten der Rechtsschutzversicherung	101
7. Rechte des Versicherungsnehmers bei Deckungsablehnung	102
8. Abrechnung mit der Rechtsschutzversicherung	104
9. Anwaltsvergütung bei Versagung des Deckungsschutzes	105
§ 4 Der Gang des arbeitsrechtlichen Mandats am Beispiel der Kündigung	106
I. Die Feststellung des Sachverhalts	106
1. Aufklärungspflicht: Grundsatz und Reichweite	106
2. Aufklärungspflicht: Ansatzpunkte und Einzelheiten	108
II. Die Klärung der Rechtslage	117
1. Rechtskenntnisse des Rechtsanwalts	117
2. Fristen	118
3. Formvorschriften	121
III. Rat an den Mandanten	121
1. Beratungs- und Belehrungspflichten gegenüber Arbeitnehmern	121
2. Beratungs- und Belehrungspflichten gegenüber Arbeitgebern	128
Teil B. Statusfragen	
§ 5 Arbeitnehmer oder Selbstständiger	139
I. Einführung und Problemstellung „Scheinselbstständigkeit“	139
II. Eingeschränktes Wahlrecht	140
1. Bezeichnung des Vertrages unmaßgeblich	140
2. Tatsächliche Vertragsabwicklung	140
3. Umstellung in freie Mitarbeiterverträge	141
III. Gleichlauf Arbeitsrecht – Sozialversicherungsrecht – Steuerrecht	141
1. Arbeitsrecht – Sozialversicherungsrecht	141
2. Steuerrecht	142
3. Keine Bindungswirkung	142
§ 6 Der Arbeitnehmerbegriff: Abgrenzungsmerkmale	143
I. Arbeitsrecht	143
1. Der Begriff: Arbeitnehmer	143
2. Echte Abgrenzungskriterien: Gesamtschau	144
3. Ergänzende formelle Abgrenzungskriterien	147
4. Einzelfallentscheidungen	147

Inhaltsverzeichnis

5. Fallgruppen	149
6. Arbeitnehmerüberlassung	168
II. Sozialversicherungsrecht	169
1. Grundsatz des Gleichlaufs	169
2. Gesetzliche Regelung, § 7 SGB IV	169
3. Arbeitnehmerähnliche Selbstständige, § 2 S. 1 Nr. 9 SGB VI	170
III. Steuerrecht	172
1. Eigener Arbeitnehmerbegriff	172
2. Abweichende Merkmale	173
§ 7 Rechtsfolgen fehlerhafter Einordnung	175
I. Arbeitsrecht	175
1. Arbeitsrechtliche Schutzvorschriften	175
2. Anpassung der Arbeitsbedingungen	175
3. Rückforderungsansprüche	177
II. Sozialversicherungsrecht	177
1. Nachentrichtung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge	177
2. Erstattung nach § 28g SGB IV	178
3. Abweichende Vereinbarung	178
III. Steuerrecht	179
1. Lohnsteuerabzugsverfahren	179
2. Umsatzsteuer	180
§ 8 Verfahrensfragen	181
I. Arbeitsrecht	181
1. Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	181
2. Klagearten	183
II. Sozialversicherungsrecht	185
1. Anfrageverfahren nach § 7a Abs. 1 SGB IV	185
2. Klageverfahren	186
III. Steuerrecht	187
1. Anrufungsauskunft nach § 42 e EStG	187
2. Rechtsmittel	188
Teil C. Begründung des Arbeitsverhältnisses	
§ 9 Anbahnung des Arbeitsverhältnisses	189
I. Personalgewinnung	189
1. Personalplanung und Stellenausschreibung	189
2. Stellensuche	199
3. Abwerbung	200
II. Informationsbeschaffung des AG	204
1. Informationsbeschaffung des AG beim Bewerber	204
2. Informationsbeschaffung des AG unter Mitwirkung Dritter	216
3. Einfühlungsverhältnis	221
4. Datenschutz	223
5. Beteiligungsrechte des BR	224
III. Anbahnungsverhältnis	224
1. Grundsätze	224
2. Einzelfälle	225
3. Obhutspflichten	226
§ 10 Begründung des Arbeitsverhältnisses	227
I. Entstehung des Arbeitsverhältnisses	227
1. Vertragsschluss	228

Inhaltsverzeichnis

2. Arbeitsverhältnis kraft Gesetzes	231
3. Faktisches Arbeitsverhältnis	234
II. Diskriminierungsverbote bei Begründung des Arbeitsverhältnisses	235
1. Diskriminierungsverbote nach dem AGG und dem GenDG	237
2. Rechtsfolgen einer Diskriminierung	252
III. Gesetzliche Dokumentationspflichten	255
1. Nachweisgesetz	255
2. Weitere gesetzliche Dokumentationspflichten	256
IV. Inhaltskontrolle	257
1. Allgemeine Grenzen der Vertragsfreiheit	257
2. „Arbeitsrechtliche Inhaltskontrolle“ nach der Schuldrechtsreform	258
V. Beteiligungsrechte des Betriebsrates	308
1. Auswahlrichtlinien	308
2. Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen, § 99 BetrVG	310
VI. Meldepflichten	321
§ 11 Arbeitsverhältnisse mit Auslandsberührung	322
I. Auslandsberührung	322
1. Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland	322
2. Entsendung von Deutschland ins Ausland	333
II. Arbeitsrecht	334
1. Grundsätze	334
2. Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland	339
3. Entsendung von Deutschland ins Ausland	340
4. Beteiligungsrechte des Betriebsrats	344
III. Sozialversicherungsrecht	345
1. Grundlagen	345
2. Zwischenstaatliches Recht	345
3. Ausstrahlung	347
4. Einstrahlung	348
5. Anwendung auf die arbeitsvertraglichen Entsendungsformen	349
IV. Steuerrecht	349
1. Besteuerung des Arbeitnehmers bei Entsendung ins Ausland	349
2. Besteuerung des Arbeitnehmers bei Entsendung nach Deutschland	351
3. Steuerliche Behandlung von Entsendungen bei den beteiligten Unternehmen	351
Teil D. Arbeitspflicht	
§ 12 Art der Tätigkeit	353
I. Die Verpflichtung des Arbeitnehmers zur persönlichen Arbeitsleistung, § 613 Abs. 1 BGB	353
1. Höchstpersönliche Verpflichtung	353
2. Ausnahmsweise zulässige Arbeitsleistung durch Dritte	353
II. Gläubigerstellung des Arbeitgebers	354
III. Art der Tätigkeit	355
1. Art der vertraglich geschuldeten Arbeit	355
2. Direktionsrecht des Arbeitgebers	359
3. Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei Änderung der Tätigkeit	369
4. Kontrolle des Direktionsrechts	373
5. Zurückbehaltungsrecht des Arbeitnehmers	376
§ 13 Arbeitsort	377
I. Begriff des Arbeitsorts	377
II. Festlegung des Leistungsorts	377
1. Bestimmung im Arbeitsvertrag	377

Inhaltsverzeichnis

2. Bestimmung des Leistungsorts „aus den Umständen“	378
3. Bestimmungsrecht des Arbeitgebers	378
III. Versetzung	378
1. Individualrechtliche Grundlage	378
2. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	382
IV. Betriebsverlegung als kollektiver Wechsel des Einsatzortes	383
1. Individualrechtliche Zulässigkeit	383
2. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	384
§ 14 Arbeitszeit	385
I. Begriffsbestimmungen zur Arbeitszeit	385
1. Arbeitszeit	385
2. Wege- und Dienstreisezeiten	386
3. Arbeitsbereitschaft	388
4. Bereitschaftsdienst	388
5. Rufbereitschaft	391
6. Ruhezeiten und -pausen	392
7. Umkleide- und Waschzeiten/Übergabezeiten	395
8. Nachtarbeit	396
II. Dauer der Arbeitszeit	397
1. Gesetzliche Höchstarbeitszeit	397
2. Vereinbarte Dauer der Arbeitszeit	398
3. Verlängerung und Verkürzung der Arbeitszeit	401
4. Abrufarbeit als Sonderform zur Dauer der Arbeitszeit	415
III. Lage der Arbeitszeit	419
1. Begriffsbestimmung	419
2. Gestaltungsformen der Lage der Arbeitszeit (Flexibilisierung der Arbeitszeit)	420
3. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Lage der Arbeitszeit	426
§ 15 Verhaltenspflichten	433
I. Begriff der Verhaltenspflicht	433
II. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	435
III. Muster: Betriebsvereinbarung zum Rauchverbot	437
§ 16 Rechte am Arbeitsergebnis	438
I. Einführung	439
II. Erwerb des Sacheigentums	440
1. Arbeitsvertraglich geschuldete Ergebnisse	440
2. Arbeitsvertraglich nicht geschuldete Ergebnisse	441
III. Arbeitnehmererfindungen und Verbesserungsvorschläge	441
1. Einführung	441
2. Die Grundbegriffe „technische Erfindung“, „Dienstleistung“, und „Miterfinderschaft“	444
3. Meldepflicht bei Dienstleistungserfindungen	447
4. Rechte an der Erfindung, Überleitung der Rechte, Freiwerden der Erfindung, Verpflichtung zur Schutzrechtsanmeldung, Betriebsgeheim- erfindung, Auslandsfreigabe, Anbieten bei Fallenlassen	451
5. Vergütung	458
6. Freie Erfindungen	473
7. Technische Verbesserungsvorschläge im ArbEG	475
8. Unabdingbarkeit, Unbilligkeit, Geheimhaltungspflicht, Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältnis	476

Inhaltsverzeichnis

9. Öffentlicher Dienst, Hochschülerfindungen	477
10. Streitigkeiten	480
11. Das betriebliche Vorschlagswesen (BVW)	482
IV. Grundzüge des Arbeitnehmerurheberrechts	487
1. Einführung	487
2. Werke in Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis (ohne Computerprogramme)	488
3. Arbeitsvertraglich nicht geschuldete Werke (ohne Computerprogramme)	499
4. Computerprogramme	499
5. Verfahrensrecht	504
V. Sonstige schutzfähige Schöpfungen	504
1. Designs (früher Geschmacksmuster)	504
2. Pflanzenzüchtungen	505
3. Halbleitererzeugnisse	506
4. Marken	506
§ 17 Nicht- und Schlechtleistung	508
I. Allgemeines	508
II. Nichtleistung des Arbeitnehmers	508
1. Fallgruppen der Unmöglichkeit	509
2. Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers	514
III. Schlechtleistung des Arbeitnehmers	528
1. Begriff und Anwendungsbereich	528
2. Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers	528
3. Haftungserleichterung des Arbeitnehmers	530
4. Haftung für Schäden bei Dritten	534
§ 18 Abmahnung	541
I. Begriff und Funktion	541
II. Rechtsgrundlage und Anwendungsbereich	542
III. Erforderlichkeit	543
1. Grundsatz: Abmahnung bei jeder verhaltensbedingten Kündigung	543
2. Entbehrlichkeit der Abmahnung	544
3. Verhältnismäßigkeit der Abmahnung	546
IV. Voraussetzungen	547
1. Anhörung des Arbeitnehmers/Betriebsrats	547
2. Abmahnungsberechtigter	547
3. Zugang	548
4. Frist	548
V. Wirkungen der Abmahnung	548
1. Verlust des konkret beanstandeten Fehlverhaltens als Kündigungsgrund	548
2. Kündigung nur bei gleichartigen Wiederholungsfällen	549
3. Wirkungskdauer	549
4. Mehrmalige Abmahnung bei geringfügigen Verstößen	550
5. Keine präjudizielle Wirkung der Abmahnung	551
VI. Gegenrechte des Abgemahnten	551
1. Entfernung aus der Personalakte	551
2. Gegendarstellung	552
3. Beschwerde	552
VII. Streitigkeiten	553
VIII. Abgrenzung	554
IX. Exkurs: Die betriebsverfassungsrechtliche Abmahnung	554

Inhaltsverzeichnis

Teil E. Entgelt im Arbeitsverhältnis

§ 19 Bestimmung und Grundlagen des Entgelts	557
I. Einleitung	557
II. Anspruchsgrundlagen und Bestimmungsfaktoren	558
1. Arbeitsvertrag	558
2. Tarifvertrag	559
3. Betriebsvereinbarung	559
4. Gleichbehandlungsgrundsatz	559
5. Betriebliche Übung	561
6. Gesamtzusage	564
7. § 612 Abs. 2 BGB	564
8. Abrechnungspflicht § 108 GewO	564
III. Entgelthöhe	564
1. Vertragliche Regelungen	564
2. Gesetzlicher Mindestlohn (MiLoG)	565
3. Lohnwucher (§ 138 BGB)	569
4. Equal Pay für Leiharbeitnehmer	572
5. Brutto-/Nettoentgelt	572
§ 20 Arten und Formen der Vergütung	575
I. Geld- und Naturalvergütung	576
1. Einleitung	576
2. Formen der Naturalvergütung	577
II. Leistungsbezogene Entgelte	584
1. Akkordlohn	584
2. Prämienlohn	585
3. Leistungslohn	585
III. Ergebnisbezogene Entgelte	586
1. Provision	586
2. Tantieme	586
IV. Zielabhängige variable Vergütung	587
1. Begriff	587
2. Rechtsgrundlagen	588
3. Grundsätze der Zielfestlegung	589
4. Feststellung der Zielerreichung	592
5. Rechtsprechung zur fehlenden Zielvereinbarung	592
6. Auswirkungen krankheitsbedingter Fehlzeiten	595
7. Auswirkungen sonstiger Fehlzeiten	596
8. Vorzeitiges Ausscheiden des Arbeitnehmers	597
9. Zielanpassung bei verschlechterten Rahmenbedingungen	599
10. Mitbestimmungsrechte und -pflichten des Betriebsrats	600
V. Aktienoptionen	601
1. Begriff	601
2. Rechtsnatur der Aktienoptionen	601
3. Verhältnis von Aktienoptionen und Festgehalt	603
4. Aktienoptionen und Gleichbehandlungsgrundsatz	604
5. Kürzung wegen Fehlzeiten im Bezugszeitraum	605
6. Bindungs- und Verfallklauseln	606
7. Steuerliche Behandlung auf Arbeitnehmerseite	607
8. Aktienoptionen und Betriebsübergang	608
9. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	608
10. Rechtswegzuständigkeit	608
VI. Jahressonderzahlungen	608
1. Gratifikationen	608

Inhaltsverzeichnis

2. Urlaubsgeld	612
3. Weihnachtsgeld	613
4. Dreizehntes Monatsgehalt	614
5. Kürzungsmöglichkeiten	614
6. Rückzahlungsklauseln	616
VII. Überstundenvergütung und Zulagen	618
1. Übertarifliche Zulagen	619
2. Anrechnungsmöglichkeit	619
3. Effektivklauseln	620
4. Mitbestimmung des Betriebsrats	621
VIII. Vorschuss/Arbeitgeberdarlehen	621
1. Entgeltcharakter	621
2. Auswirkungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	622
IX. Anwesenheitsprämien	623
§ 21 Ein- und Umgruppierung	626
I. Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung	626
1. Begriff	626
2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung des kollektiven Entgeltsystems	627
3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung	630
II. Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer	632
1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe	632
2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung	633
III. Öffentlicher Dienst	634
IV. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates	634
1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes	634
2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes	635
3. Zustimmungsersetzungsverfahren	638
4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens	639
5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat	639
V. Bedeutung des betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahrens für den Arbeitnehmer	640
1. Keine Bindung des Arbeitnehmers	640
2. Bindung des Arbeitgebers	640
§ 22 Abwicklung und Durchsetzung der Entgeltzahlung	642
I. Erfüllung	642
1. Empfangsberechtigte	642
2. Leistungsort	643
3. Art der Auszahlung	643
4. Fälligkeit	644
5. Abrechnung	646
II. Lohnsicherung	648
1. Verfügungsverbote/Abtretung	648
2. Aufrechnung	651
3. Zurückbehaltungsrecht	652
4. Pfändungsschutz	653
III. Gerichtliche Durchsetzung	660
1. Rechtswegzuständigkeit	660
2. Örtliche Zuständigkeit	661
3. Klageart	663
4. Einstweiliger Rechtsschutz	670

Inhaltsverzeichnis

IV. Ausschluss- oder Verfallfristen	671
V. Verjährung	676
VI. Verwirkung	677
§ 23 Mitbestimmung beim Entgelt	679
I. Allgemeines zum Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates	680
1. Überblick	680
2. Gegenstand des Mitbestimmungsrechtes des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	680
3. Zweck des Mitbestimmungsrechtes	681
4. Entgeltbegriff	681
5. Arbeitnehmer	682
6. Kollektiver Tatbestand	683
II. Reichweite des Mitbestimmungsrechtes des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	683
1. Tarifvorrang	683
2. AT-Angestellte	685
3. Mitbestimmungsfreie Entscheidungen des Arbeitgebers	686
III. Mitbestimmungsrecht bei Grundentscheidungen der betrieblichen Lohngestaltung	687
1. Begriffsdefinitionen	687
2. Vom Mitbestimmungsrecht nicht erfasste Gegenstände	687
3. Mitbestimmungsrecht bei einzelnen Grundsatzentscheidungen	690
IV. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates im freiwilligen Bereich	691
V. Einzelfälle	692
1. Sonderzahlungen	692
2. Zulagen, Zuschläge und Zeitgutschriften	692
3. Gewinn- und Ergebnisbeteiligung	693
4. Sachleistungen, insbesondere private Nutzung eines dienstlichen Kfz	693
5. Mitbestimmungsrecht bei Aktienoptionsplänen	694
6. Betriebliche Altersversorgung	696
VI. Besondere Vergütungsformen	697
1. Leistungsbezogene Entgelte nach § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG	697
2. Provision	700
3. Variable zielorientierte Vergütungssysteme	700
4. Bandbreitensysteme	703
5. Vergütungsregelungen bei vorübergehender Entsendung in das Ausland	706
VII. Mitbestimmungsrechte nach § 87 Abs. 8 und 9 BetrVG	707
1. Allgemeines	707
2. Mitbestimmungsfreie Vorentscheidungen des Arbeitgebers	707
3. Sozialeinrichtung	708
4. Einzelfragen	708
5. Zuweisung und Kündigung von Wohnungen	709
VIII. Mitbestimmung bei der Änderung von Entgeltleistungen	709
1. Änderung von freiwilligen Leistungen – Grundsatz	710
2. Wegfall von freiwilligen Leistungen als mitbestimmungspflichtige Änderung des Vergütungssystems	711
3. Besonderheiten bei der Änderung der betrieblichen Altersversorgung	711
4. Grundlegende Änderungen des Vergütungssystems	712
5. Anrechnung von Lohnerhöhungen auf über- und außertarifliche Zulagen	713
6. Trennung von Mitbestimmungsverfahren und Änderung des Arbeitsvertrages	715
IX. Initiativrecht	715
X. Mitbestimmungsrecht bei den Auszahlungsmodalitäten der Arbeitsentgelte	716
XI. Durchführung der Mitbestimmung	716
XII. Zuständigkeit	718

Inhaltsverzeichnis

XIII. Meinungsverschiedenheiten	718
XIV. Sicherung des Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrats	719
XV. Rechte der Arbeitnehmer bei mitbestimmungswidrigem Verhalten des Arbeitgebers	719
XVI. Textmuster	720
§ 24 Entgelt bei Leistungsstörungen	727
I. Nichterfüllung der Arbeitsleistung	728
II. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	728
1. Allgemeine Voraussetzungen	729
2. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	729
3. Kausalität	732
4. Verschuldete Arbeitsunfähigkeit	733
5. Anzeige- und Nachweispflichten	737
6. Zeitraum der Entgeltfortzahlung	745
7. Höhe der Entgeltfortzahlung	749
8. Forderungsübergang	755
9. Unabdingbarkeit	757
10. Sonderfall: Organ- und Gewebespenden	758
III. Entgeltfortzahlung an Feiertagen	759
1. Kausalität	759
2. Höhe des fortzuzahlenden Feiertagsentgelts	760
3. Anspruchsausschluss bei unentschuldigtem Fehlen	761
4. Beweispflicht	761
IV. Entgeltzahlung bei persönlicher Arbeitsverhinderung	762
1. Sonderfall: Pflege naher Angehöriger	763
2. Verhältnismäßigkeit	763
V. Annahmeverzug des Arbeitgebers	764
1. Voraussetzungen	764
2. Beendigung des Annahmeverzugs	771
3. Rechtsfolgen	772
4. Darlegungs- und Beweislast	778
VI. Betriebs- und Wirtschaftsrisiko	779
VII. Schlecht- und Mindererfüllung der Arbeitsleistung	780
§ 25 Änderung und Flexibilisierung von Entgeltzahlungen	782
I. Einleitung	782
II. Individualrechtliche Instrumente	783
1. Direktionsrecht	783
2. Freiwilligkeitsvorbehalte	785
3. Widerrufsvorbehalt	789
4. Anrechnung übertariflicher Vergütungsbestandteile	794
5. Befristung von Vergütungsbestandteilen	794
6. Einvernehmliche Vertragsänderung	796
7. Negative betriebliche Übung	797
8. Änderungskündigung zur Vergütungsreduzierung	799
III. Arbeitsvertragsbedingungen mit kollektivem Bezug	802
§ 26 Bildungs- und Umzugsbeihilfen	805
I. Aus- und Fortbildungsbeihilfen	805
1. Definition der Beihilfen	805
2. Arbeitsvertragliche Rückzahlungsklauseln	806
3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	818
4. Inhalt und Umfang der Rückzahlungspflicht	820

Inhaltsverzeichnis

5. Tarifvertragliche Rückzahlungsklauseln	822
6. Rückzahlungsklauseln in Betriebsvereinbarungen	823
7. Rechtsprechungs-Zusammenfassung	823
II. Umzugsbeihilfen	824
1. Definition	824
2. Anspruch auf Umzugsbeihilfen	824
3. Rückzahlungsklauseln	825
4. Tarifvertragliche Rückzahlungsklauseln	827
Teil F. Urlaub	
§ 27 Erholungsurlaub	829
I. Urlaubsanspruch	831
1. Rechtsgrundlagen	831
2. Entstehen des gesetzlichen Urlaubsanspruches	831
3. Tiefgreifende Veränderungen im deutschen Urlaubsrecht – Schultz-Hoff	833
4. Höchstpersönlichkeit des Urlaubs	833
5. Zweck des Urlaubs	834
6. Erlöschen des Urlaubsanspruches	835
7. Ausschlussfristen und Verjährung	838
8. Urlaubsanspruch im ruhenden Arbeitsverhältnis	839
9. Vertrauensschutz im Zusammenhang mit der Schultz-Hoff-Entscheidung	839
II. Festlegung des Urlaubszeitpunktes	840
1. Geltendmachung	840
2. Freistellungserklärung	841
3. Urlaubswünsche des Arbeitnehmers	844
4. Nachträgliche Veränderung	844
5. Zusammenhängende Gewährung	845
6. Mitbestimmung des Betriebsrats	845
III. Dauer des Urlaubs	846
1. Gesetzliche Mindestdauer	846
2. Krankheit im Urlaub	849
3. Verhältnis zu anderen Nichtarbeitszeiten	851
IV. Voll- und Teilurlaub	852
1. Gesetzlicher Vollurlaub	852
2. Teilurlaub	853
3. Rückforderungsverbot	854
V. Vermeidung von Doppelansprüchen	855
VI. Anspruch auf Urlaubsentgelt	856
1. Berechnung des Urlaubsentgelts	856
2. Fälligkeit des Anspruchs auf Urlaubsentgelt	858
3. Urlaubsgeld	859
4. Übertragbarkeit des Urlaubsentgelt- und Urlaubsgeldanspruchs	859
VII. Abgeltung des Urlaubsanspruchs	859
1. Entstehung des Abgeltungsanspruchs	859
2. Inhalt des Abgeltungsanspruchs	860
3. Vererblichkeit, Pfändbarkeit und Abtretbarkeit	861
4. Sozialversicherungs- und steuerrechtliche Fragen	861
5. Ausschlussfristen und Verjährung	862
6. Exkurs: Personenbedingte Kündigung bei dauerhafter Arbeitsunfähigkeit	862
VIII. Besondere Urlaubsregelungen	862
1. Urlaub für jugendliche Arbeitnehmer und Auszubildende	862
2. Zusatzurlaub für Schwerbehinderte	864
3. Urlaub im Bereich der Heimarbeit	867
4. Urlaub nach dem Seearbeitsgesetz	870

Inhaltsverzeichnis

IX. Verhältnis zu kollektiv-rechtlichen und einzelvertraglichen Regelungen	873
1. Verhältnis zum Tarifvertrag	873
2. Verhältnis zur Betriebsvereinbarung	874
3. Verhältnis zum Arbeitsvertrag	875
X. Urlaub bei Betriebsübergang	875
1. Ansprüche gegen den Veräußerer	875
2. Ansprüche gegen den Erwerber	876
3. Ausgleich zwischen Erwerber und Veräußerer	876
XI. Urlaub bei Insolvenz	877
1. Bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens	877
2. Vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	877
3. Insolvenzgeld	878
4. Betriebsübergang in der Insolvenz	878
XII. Prozessuale Geltendmachung	878
1. Klage	878
2. Einstweilige Verfügung	880
3. Selbstbeurlaubung	881
4. Klage auf Urlaubsabgeltung	881
§ 28 Mutterschaftsurlaub, Elternzeit, Pflege- und Familienpflegezeit	883
I. Mutterschaftsurlaub, Gesetzesentwicklung	883
II. Elternzeit	884
1. Anspruchsvoraussetzungen gemäß § 15 Abs. 1 BEEG	884
2. Inanspruchnahme der Elternzeit	885
3. Dauer	886
4. Wirkungen der Elternzeit	886
III. Pflegezeit	891
1. Kurzzeitige Freistellung	892
2. Pflegezeit gemäß § 3 PflegeZG	893
3. Sonderkündigungsschutz gemäß § 5 PflegeZG	895
4. Befristete Vertretung	896
IV. Familienpflegezeit	896
1. Begriff	896
2. Voraussetzungen	897
3. Darlehensanspruch des Beschäftigten	898
4. „Arbeitsrechtliche Regelungen“ des FPfZG	898
5. Familienpflegezeit und Pflegezeit	898
§ 29 Bildungsurlaub	899
I. Rechtsgrundlagen	899
II. Voraussetzungen	899
III. Durchführung	902

Teil G. Nebenpflichten im Arbeitsverhältnis

§ 30 Geheimnisschutz	905
I. Grundlagen und Praxisrelevanz	905
II. Schweigepflicht während des bestehenden Arbeitsverhältnisses	906
1. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	906
2. Schutz vertraulicher Angaben und Mitteilungen	907
3. Schutz aller betriebsbezogenen Tatsachen?	908
4. Geheimhaltung des Gehalts und sonstiger Vertragsinhalte	908
5. Einbeziehung von Drittunternehmen	909
6. Rechtsfolgen bei Verstoß	909

Inhaltsverzeichnis

III. Nachvertragliche Schweigepflicht	910
1. Nachvertraglicher Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	910
2. Abgrenzung zum nachvertraglichen Wettbewerbsverbot	911
3. Rechtsfolgen bei Verstoß	912
IV. Geheimhaltung und Offenbarung betrieblicher Missstände; Whistleblowing	912
V. Schweigepflicht besonderer Arbeitnehmergruppen	916
VI. Vertragsgestaltung	917
1. Arbeitsvertrag	917
2. Aufhebungsvertrag	917
VII. Prozessuales	917
§ 31 Wettbewerbsverbot während des bestehenden Arbeitsverhältnisses	919
I. Grundlagen und Praxisrelevanz	919
II. Konkurrenzverbot nach § 60 HGB	919
1. Gegenständlicher Verbotsumfang	919
2. Zeitlicher Verbotsumfang	921
3. Einwilligung des Arbeitgebers und deren Widerruf	922
III. Vorbereitungshandlungen für späteren Wettbewerb	923
IV. Wettbewerb während des laufenden Kündigungsschutzprozesses	924
V. Rechtsfolgen unerlaubten Wettbewerbs	925
VI. Vertragsgestaltung	927
VII. Prozessuales	927
§ 32 Wettbewerbsverbot nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	929
I. Grundlagen und Praxisrelevanz	930
II. Geltungsbereich der §§ 74 ff. HGB	930
1. Persönlicher Geltungsbereich	930
2. Zeitliche Maßgeblichkeit der §§ 74 ff. HGB	931
3. Gegenständlicher Geltungsbereich	932
4. Räumlicher Geltungsbereich	933
III. Form der Wettbewerbsabrede	934
IV. Verbindlichkeit des Wettbewerbsverbots	935
1. Berechtigtes geschäftliches Interesse des Arbeitgebers	935
2. Keine unbillige Fortkommenserschwer	936
3. Bedingungslose und ausreichende Entschädigungszusage	937
4. Kein bedingtes Wettbewerbsverbot	939
V. Indirekte Wettbewerbsverbote	940
VI. Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Wettbewerbsverbots	942
1. Inkrafttreten	942
2. Außerkrafttreten	942
VII. Nachträgliche Beseitigung von Wettbewerbsverboten	943
1. Verzicht des Arbeitgebers	943
2. Einvernehmliche Aufhebung des Wettbewerbsverbots	944
VIII. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses ...	945
1. Ordentliche Eigenkündigung des Arbeitnehmers	945
2. Fristlose Eigenkündigung des Arbeitnehmers	945
3. Fristlose Kündigung durch den Arbeitgeber	946
4. Ordentliche Kündigung durch den Arbeitgeber	946
IX. Die Wettbewerbsabrede in der Durchführung	946
1. Ermittlung der Höhe der Karenzentschädigung	947
2. Anrechnung anderweitigen Erwerbs	947
3. Auszahlung der Karenzentschädigung	952
X. Verletzung der Wettbewerbsabrede	953
1. Pflichtverstöße des Arbeitgebers und deren Rechtsfolgen	953
2. Pflichtverstöße des Arbeitnehmers und deren Rechtsfolgen	955

Inhaltsverzeichnis

§ 33 Loyalitäts- und Rücksichtnahmepflichten, Nebentätigkeit	960
I. Grundlagen und Praxisrelevanz	960
II. Loyalitäts- und Rücksichtnahmepflichten	962
1. Wahrung der betrieblichen Ordnung	962
2. Unternehmensförderung und Schutz des Unternehmens	966
3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen	969
4. Schmiergeldverbot	970
5. Abwerbungsverbot	971
6. Auskunft- und Informationspflichten, Hinweis- und Aufklärungspflichten	972
7. Außerdienstliches Verhalten	973
III. Nebentätigkeit	976
1. Begriff und Ausgangslage	976
2. Gesetzliche Einschränkungen der Nebentätigkeit	977
3. Einschränkung der Nebentätigkeit durch Tarifvertrag	979
4. Einschränkung der Nebentätigkeit durch Betriebsvereinbarungen	979
5. Arbeitsvertragliche Einschränkungen der Nebentätigkeit	979
6. Rechtsfolgen beim Verstoß gegen wirksame Nebentätigkeitsverbote	980
7. Durchführung des Nebentätigkeits-Arbeitsverhältnisses	981
§ 34 Nebenpflichten des Arbeitgebers	982
I. Grundlagen und Praxisrelevanz	982
II. Schutzpflichten für Leben, Gesundheit, Eigentum und Vermögen	983
1. Schutz von Leben und Gesundheit	983
2. Schutzpflichten für eingebrachte Vermögensgegenstände des Arbeitnehmers	988
3. Haftung des Arbeitgebers für betrieblich veranlasste Vermögensschäden des Arbeitnehmers, Aufwendungsersatz	988
4. Wahrung sonstiger Vermögensinteressen des Arbeitnehmers	989
III. Schutz besonderer Personengruppen	989
1. Mutterschutz	989
2. Jugendschutz	990
3. Schutz schwerbehinderter Menschen	991
IV. Persönlichkeitsschutz, Persönlichkeitsrecht	992
1. Grundlagen	992
2. Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht	992
3. Rechtsfolgen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen	996
V. Besondere Nebenpflichten	997
1. Beschäftigungspflicht	997
2. Gleichbehandlungspflicht	998
3. Diskriminierungsschutz	999
4. Wiedereinstellungspflicht	1000
VI. Informationspflichten – Aufklärungspflichten, Auskunftspflichten und Hinweispflichten	1003
1. Bei Beginn des Arbeitsverhältnisses	1003
2. Während des bestehenden Arbeitsverhältnisses	1004
3. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1004
4. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1005
5. Rechtsfolgen bei Verstößen	1006
VII. Sonstige Nebenpflichten von A bis Z	1006
§ 35 Compliance und Datenschutz	1010
I. Einführung	1011
1. Begriff und rechtliche Bedeutung	1012
2. Pflichten der Unternehmensleitung	1013
3. Bestandteile eines Compliance-Systems im Unternehmen	1015

Inhaltsverzeichnis

II. Arbeitsrechtliche Compliance	1016
1. Compliance-relevante Bereiche des Arbeitsrechts	1016
2. Arbeitsrechtliche Aspekte einer Compliance-Organisation	1017
III. Einführung von Compliance-Richtlinien	1017
1. Weisungsrecht (Direktionsrecht)	1018
2. Arbeitsvertragliche Vereinbarungen	1020
3. Tarifvertrag	1022
4. Betriebsvereinbarung	1022
5. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	1023
IV. Aufklärung von Regelverstößen und Individualarbeitsrecht	1027
1. Zielgerichtete Arbeitnehmerüberwachung	1027
2. Eigene Nachforschungen, interne Ermittlungen (Investigations), Revisionswesen	1030
3. Nachforschungen durch Einbindung weiterer Arbeitnehmer – Whistleblowing	1033
4. Einsatz von Privatdetektiven	1044
5. Videoüberwachung	1045
6. Telefon-/Audioüberwachung	1048
7. E-Mail-Überwachung und Überwachung im Internet	1051
8. Rechtsfolgen unzulässiger Arbeitnehmerüberwachung	1053
9. Sanktionen für mit der Überwachung beauftragte Arbeitnehmer	1057
10. Innerbetriebliche Amnestieprogramme	1057
V. Arbeitnehmerdatenschutz und Compliance	1058
1. System des Arbeitnehmerdatenschutzes	1058
2. Datenschutz bei Compliance-/Whistleblowing-Hotlines	1062
3. Rechtsfolgen unerlaubter Datenverarbeitung	1064
VI. Sanktionen bei Verletzungen von Compliance-Regelungen	1065
1. Abmahnung	1065
2. Besonderheiten bei Compliance-indizierten Kündigungen	1066
VII. Besonderheiten für Compliance-Beauftragte	1069
1. Aufgaben des Compliance-Beauftragten	1070
2. Arbeitsrechtliche Stellung von Compliance-Beauftragten	1070
3. Kündigung eines Compliance-Beauftragten	1072
4. Haftungsrechtliche Stellung des Compliance-Beauftragten	1072
VIII. Schlussbetrachtung	1073

Teil H. Betriebliche Altersversorgung

§ 36 Grundlagen	1075
I. Geltungsbereich des BetrAVG	1076
1. Sachlicher Geltungsbereich	1076
2. Persönlicher Geltungsbereich	1078
II. Begründung betrieblicher Versorgungsansprüche	1079
1. Übersicht	1079
2. Individualrechtliche Regelungen	1080
3. Kollektivrechtliche Regelungen	1085
III. Versorgungszusage	1086
1. Übersicht	1086
2. Abgrenzung zu anderen Leistungen	1087
3. Beitragsorientierte Leistungszusage	1089
4. Beitragszusage	1089
IV. Aufbringung der Mittel	1090
1. Arbeitgeberfinanzierte Zusagen	1090
2. Entgeltumwandlungsvereinbarung	1091

Inhaltsverzeichnis

3. Anspruch auf Entgeltumwandlung nach § 1a BetrAVG	1093
4. Mischsysteme	1095
V. Durchführungswege	1097
1. Direktzusage	1097
2. Unterstützungskasse	1099
3. Direktversicherung (Einzel-, Gruppenversicherung)	1101
4. Pensionskasse	1104
5. Pensionsfonds	1105
6. Contract Trust Arrangement – CTA	1106
7. Übersicht: Die abgabenrechtliche Behandlung von Beiträgen und Versorgungsleistungen in den einzelnen Durchführungsweisen	1109
8. Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der einzelnen Durchführungswege	1110
§ 37 Ausgestaltung der Versorgungszusage	1113
I. Inhaltliche Ausgestaltung	1114
1. Allgemeine Grenzen der Vertragsfreiheit	1114
2. Inhaltskontrolle	1114
3. Begünstigter Personenkreis	1115
4. Durchführungsweg	1118
5. Beitragszahlung, Finanzierung	1120
6. Allgemeine Leistungsvoraussetzungen	1120
7. Versorgungsleistung	1122
8. Leistungsfälle	1122
9. Höhe der Versorgungsleistung	1126
10. Vorgezogenes Altersruhegeld	1129
11. Aufschub der Versorgungsleistung	1131
12. Vorzeitiges Ausscheiden/Übertragung der Versorgungsverpflichtung	1131
13. Versorgungsausgleich – Neuregelung zum 1.9.2009	1132
14. Sonstige Regelungen	1136
15. Leistungsvorbehalte	1136
16. Änderungsvorbehalt bei Gesamtzusagen und vertraglichen Einheitsregelungen	1137
17. Kündigung von Betriebsvereinbarungen	1137
II. Mitbestimmung bei der Einführung einer Versorgungsregelung	1138
1. Allgemeine Grundsätze	1138
2. Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	1139
3. Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG	1140
4. Zuständigkeit	1141
5. Rechtfolgen eines Verstoßes gegen das Mitbestimmungsrecht	1142
§ 38 Ansprüche nach dem Betriebsrentengesetz	1143
I. Auskunftsansprüche	1145
1. Auskunft über die Höhe der Altersleistung	1145
2. Auskünfte zum Übertragungswert	1146
3. Auskünfte externer Versorgungsträger über Beitragsrückstände	1147
II. Planmäßige Versorgungsleistungen	1147
1. Eintritt des Versorgungsfalls	1147
2. Zusammentreffen mehrerer Versorgungszusagen	1147
III. Ansprüche bei vorzeitigem Ausscheiden	1148
1. Gesetzliche Unverfallbarkeit	1148
2. Beginn der Unverfallbarkeitsfrist	1149
3. Fortbestand der Zusage bei Änderung und Übernahme durch eine andere Person	1149

Inhaltsverzeichnis

4. Unterbrechungen der Betriebszugehörigkeit	1151
5. Vertragliche Unverfallbarkeit	1151
6. Erfasste Anwartschaften	1151
IV. Höhe der unverfallbaren Anwartschaft	1151
1. Rätierliche Berechnung der Anwartschaft	1151
2. Festschreibung der Berechnungsgrundlagen	1152
3. Berechnung der hypothetischen Versorgungsleistung	1153
4. Erreichte Betriebszugehörigkeit	1154
5. Erreichbare Betriebszugehörigkeit	1154
6. Einheitliche Altersgrenzen für Männer und Frauen	1155
7. Berechnung der unverfallbaren Anwartschaft bei Ablösung	1155
8. Rundungen	1156
9. Begrenzung von Invaliditäts- und Todesfallleistungen	1156
10. Versicherungsrechtliche Lösung	1156
11. Entgeltumwandlung und beitragsorientierte Leistungszusage	1157
12. Beitragszusage mit Mindestleistung	1157
13. Auskunftsanspruch bei Ausscheiden	1158
V. Abfindung von Versorgungsanwartschaften	1158
1. Abfindungsverbot nach § 3 BetrAVG	1158
2. Ausnahmen von dem Abfindungsverbot	1159
3. Höhe der Abfindung	1160
4. Rechtsfolgen bei Verstoß	1160
VI. Anrechnungs- und Auszahlungsverbot	1160
1. Anrechnungsverbot	1160
2. Auszahlungsverbot	1162
VII. Anspruch auf vorzeitige Altersleistung	1163
1. Gesetzliche Rentenversicherung	1163
2. Voraussetzungen für den Bezug einer vorzeitigen Betriebsrente	1163
3. Höhe der Versorgungsleistung	1164
4. Berechnung bei vorzeitigem Ausscheiden	1165
VIII. Anpassung laufender Versorgungsleistungen	1166
1. Anpassungsprüfungspflicht, Befreiungsmöglichkeiten	1166
2. Anpassungszeitraum und Prüfungstermin	1167
3. Anpassungskriterien	1168
4. Wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers	1169
5. Mitbestimmung des Betriebsrats	1172
6. Folgen einer unterbliebenen Anpassung	1172
IX. Ansprüche bei Insolvenz des Arbeitgebers	1174
1. Übersicht	1174
2. Sicherungsfälle	1176
3. Gesicherter Personenkreis	1177
4. Leistungsverpflichtungen des PSVaG	1179
5. Rechtsstreitigkeiten	1181
X. Verjährung	1182
§ 39 Wechsel des Versorgungsschuldners und Haftung von Gesellschaftern	1183
I. Rechtsgeschäftliche Übernahme	1183
1. Schuldbeitritt, Erfüllungsübernahme	1183
2. Befreiende Schuldübernahme	1183
II. Sonstiger Wechsel des Versorgungsschuldners	1186
1. Betriebsübergang nach § 613a BGB	1186
2. Gesamtrechtsnachfolge	1190
3. Übertragung eines einzelkaufmännischen Unternehmens	1192
III. Haftung von Gesellschaftern einer Personengesellschaft	1192
1. Haftung von Gesellschaftern während des Bestehens der Gesellschaft	1192

Inhaltsverzeichnis

2. Haftung ausgeschiedener Gesellschafter	1193
3. Haftung bei Auflösung der Gesellschaft	1193
4. Wechsel in Kommanditistenstellung	1193
§ 40 Kündigung, Änderung und Widerruf von Versorgungszusagen	1195
I. Übersicht	1196
1. Gründe für eine Kündigung, Änderung oder einen Widerruf	1196
2. Gestaltungsmöglichkeiten	1196
II. Schließung des Versorgungswerks	1197
1. Individualrechtliche Zusagen	1197
2. Kündigung von Betriebsvereinbarungen	1197
3. Abfindung von Versorgungsleistungen und Versorgungsanwartschaften	1198
III. Änderung einer individualrechtlichen Zusage	1199
1. Änderungsvereinbarung	1199
2. Änderungskündigung	1199
3. Wegfall der Geschäftsgrundlage	1199
IV. Ablösung von vertraglichen Einheitsregelungen und Gesamtzusagen	1201
1. Änderungsvorbehalt	1201
2. Umstrukturierende Betriebsvereinbarung	1202
V. Änderung kollektivrechtlicher Regelungen	1205
1. Ablösungsprinzip	1205
2. Ablösende Betriebsvereinbarungen	1206
3. Ablösende Tarifverträge	1210
VI. Wechsel des Durchführungswegs	1212
1. Gründe für einen Wechsel	1212
2. Möglichkeit eines Wechsels	1212
VII. Widerruf von Versorgungszusagen wegen Treupflichtverletzung	1213
1. Widerruf wegen Verfehlungen während des Arbeitsverhältnisses	1213
2. Widerruf wegen Verstoßes gegen nachvertragliche Treupflichten	1214

Teil I. Beendigung des Arbeitsverhältnisses

§ 41 Befristung	1217
I. Einleitung	1218
1. Rechtliche Situation	1219
2. Betroffene Arbeitnehmer	1219
3. Vertragliche Regelung	1220
4. Zeitbefristung, Zweckbefristung, Arbeitsverhältnis für die Lebenszeit, auflösende Bedingung	1221
5. Beurteilungszeitpunkt	1223
II. Befristungen ohne sachlichen Grund	1224
1. § 14 Abs. 2 TzBfG	1224
2. § 14 Abs. 2a TzBfG	1227
3. § 14 Abs. 3 TzBfG	1228
4. Abweichende tarifvertragliche Regelungen, § 14 Abs. 2 S. 3 und S. 4 TzBfG	1229
III. Befristung mit sachlichem Grund	1230
1. Gesetzlich geregelte Gründe, § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 bis 8 TzBfG	1230
2. Sonstige sachliche Gründe iSv § 14 Abs. 1 S. 1 TzBfG	1257
3. Befristung einzelner Vertragsbedingungen	1258
4. Abweichende tarifvertragliche Regelungen	1260
5. Auflösende Bedingung	1260
IV. Rechtsfolge bei wirksamer/unwirksamer Befristung (§ 16 TzBfG)	1263
1. Rechtsfolge bei rechtsunwirksamer Befristung	1263
2. Rechtsfolge bei rechtswirksamer Befristung	1263

Inhaltsverzeichnis

3. Kein Anspruch auf Wiedereinstellung	1265
4. Unzulässiges Berufen auf die Befristung	1265
V. Kündigungsmöglichkeit während der Befristung	1266
VI. Beteiligungsrechte des Betriebs- und des Personalrats	1267
VII. Prozessuale Geltendmachung (§ 17 TzBfG)	1269
1. Notwendigkeit der Klageerhebung	1269
2. Darlegungs- und Beweislast	1271
VIII. Befristung von Arbeitsverträgen nach anderen gesetzlichen Vorschriften	1271
1. Befristung von Arbeitsverträgen nach § 21 BEEG	1271
2. Befristung von Arbeitsverträgen nach dem WissZeitVG	1272
3. Befristung von Arbeitsverträgen nach dem ArbZVG	1276
4. Befristung von Arbeitsverträgen mit Leiharbeitnehmern	1278
§ 42 Kündigungserklärung	1280
I. Begriffsbestimmung	1280
1. Willenserklärung	1280
2. Einseitigkeit	1283
3. Rechtsgestaltende Wirkung	1283
4. Bedingungsfeindlichkeit	1283
II. Form	1284
III. Vertretung	1286
1. Allgemeines	1286
2. Abgabe der Kündigungserklärung	1287
3. Empfang der Kündigungserklärung	1290
4. Kündigung während des Prozesses	1290
IV. Ort und Zeit	1291
V. Zugang	1291
1. Allgemeines	1291
2. Einschreiben	1294
3. Zugangsvereitelung	1295
VI. Anfechtung	1296
VII. Rücknahme	1296
VIII. Widerruf	1297
§ 43 Ordentliche Kündigung	1298
I. Einleitung	1300
II. Kündigungsfristen	1300
1. Grundregel § 622 BGB	1300
2. Einzelvertragliche Kürzung von Kündigungsfristen	1303
3. Einzelvertragliche Verlängerung von Kündigungsfristen	1305
4. Tarifvertragliche Regelungen	1306
5. Berechnung der Kündigungsfristen	1307
III. Kündigungsrecht und -frist in der Insolvenz (§ 113 InsO)	1309
1. Einleitung	1309
2. Besonderes Kündigungsrecht	1309
3. Kündigungsfrist	1309
4. Schadensersatz	1310
IV. Kündigungsschutz außerhalb des Kündigungsschutzgesetzes und vertragliche Kündigungsbeschränkungen	1311
1. Einleitung	1311
2. Allgemeine privatrechtliche Kündigungsschranken	1311
3. Kündigungsschutz im Kleinbetrieb	1316
4. Vertragliche Kündigungsbeschränkungen	1317
V. Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz	1317
1. Allgemeines	1317

Inhaltsverzeichnis

2. Zwingende Regelung	1318
3. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes nach KSchG	1319
VI. Allgemeine Grundsätze der Sozialwidrigkeit einer Kündigung	1331
1. Allgemeines	1331
2. Grundprinzipien des Kündigungsschutzes	1331
3. Mitteilung von Kündigungsgründen	1334
4. Beurteilungszeitpunkt	1334
5. Nachschieben von Kündigungsgründen	1335
6. Wiedereinstellungsanspruch	1336
7. Verzeihung, Verzicht, Verwirkung und Verbrauch	1338
VII. Der Kündigungsgrund	1339
1. Einteilung der Kündigungsgründe	1339
2. Mehrere Kündigungssachverhalte	1340
3. Mischtatbestände	1340
4. Beweislast	1341
VIII. Die betriebsbedingte Kündigung	1341
1. Allgemeines	1341
2. Die unternehmerische Entscheidung	1342
3. Dringlichkeit des betrieblichen Erfordernisses	1349
4. Sozialauswahl	1358
5. Besonderheiten bei Interessenausgleich	1380
6. Einzelne betriebsbedingte Gründe (alphabetisch)	1384
IX. Verhaltensbedingte Kündigung	1398
1. Allgemeines	1398
2. Tatbestandsvoraussetzungen	1399
3. Darlegungs- und Beweislast	1408
4. Fallgruppen	1410
X. Die personenbedingte Kündigung	1439
1. Begriff	1439
2. Abgrenzung zur verhaltensbedingten Kündigung	1440
3. Prüfungskriterien	1440
4. Einzelfälle	1442
XI. Checkliste	1458
§ 44 Außerordentliche Kündigung	1460
I. Einleitung	1461
II. Wichtiger Grund	1464
1. Begriff	1464
2. Einzelfälle	1470
3. Beurteilungszeitpunkt	1481
4. Nachschieben von Kündigungsgründen	1482
5. Anhörung des Betriebsrats	1482
6. Schadenersatzanspruch des Kündigenden	1484
III. Sonderkündigungsbereiche	1485
1. Gesetzliche Unkündbarkeit	1485
2. Vertraglich und tariflich unkündbares Arbeitsverhältnis	1485
3. Verdachtskündigung	1490
4. Druckkündigung	1498
IV. Ausschlussfrist	1498
1. Grundsätze	1499
2. Sonderfälle	1500
3. Nachschieben von Kündigungsgründen	1503
4. Zugang der Kündigung	1504
V. Schriftformerfordernis für Kündigungen	1504

Inhaltsverzeichnis

VI. Klagerecht und Klagefrist	1504
1. Arbeitnehmer	1504
2. Arbeitgeber	1506
VII. Umdeutung	1506
1. Arbeitgeberkündigung	1506
2. Arbeitnehmerkündigung	1510
VIII. Außerordentliche Änderungskündigung	1510
1. Nachprüfung der Wirksamkeit	1510
2. Annahme unter Vorbehalt	1511
3. Anrufung des Arbeitsgerichts	1512
§ 45 Sonderkündigungsschutz	1513
I. Beratungsscheckliste: Sonderkündigungsschutz	1515
II. Schwangere und Mütter	1516
1. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1516
2. Gegenstand und Rechtsfolgen des Kündigungsschutzes	1523
3. Behördliche Zulassung der Kündigung gem. § 9 Abs. 3 MuSchG	1525
4. Form und Begründung der Kündigung gem. § 9 Abs. 3 S. 2 MuSchG	1529
5. Geltendmachung im Kündigungsschutzprozess	1530
III. Elternzeit – Berechtigte	1531
1. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1531
2. Gegenstand und Rechtsfolgen des Kündigungsschutzes	1535
3. Behördliche Zulassung der Kündigung gem. § 18 Abs. 1 S. 4–6 BEEG	1536
4. Geltendmachung im Kündigungsschutzprozess	1538
5. Das Verhältnis zu § 9 MuSchG und zu § 85 SGB IX	1539
IV. Pflegezeit-Berechtigte	1539
1. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1540
2. Gegenstand und Rechtsfolgen des Kündigungsschutzes	1543
3. Behördliche Zulassung der Kündigung gem. § 5 Abs. 2 PflegeZG	1543
4. Geltendmachung im Kündigungsschutzprozess	1544
V. Familienpflegezeit-Berechtigte	1544
1. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1545
2. Gegenstand und Rechtsfolgen des Kündigungsschutzes	1546
3. Behördliche Zulassung der Kündigung gem. § 2 Abs. 3 FPfZG iVm § 5 Abs. 2 PflegeZG	1546
4. Geltendmachung im Kündigungsschutzprozess	1546
VI. Schwerbehinderte Menschen	1546
1. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes Burg	1547
2. Ausnahmen vom Kündigungsschutz	1548
3. Kenntnis des Arbeitgebers	1550
4. Zustimmung bei ordentlicher Kündigung	1552
5. Zustimmung zur Änderungskündigung	1557
6. Zustimmung bei außerordentlicher Kündigung	1557
7. Nachschieben von Kündigungsgründen	1560
8. Betriebsratsmitglied als schwerbehinderter Mensch	1561
VII. Amtsinhaber	1561
1. Allgemeines	1561
2. Geschützter Personenkreis	1562
3. Beginn und Ende des Kündigungsschutzes	1562
4. Zulässigkeit der außerordentlichen Kündigung	1566
5. Zulässigkeit der außerordentlichen Änderungskündigung	1576
6. Zulässigkeit der ordentlichen Kündigung	1576
7. Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen	1579
8. Schutz der Mitarbeitervertretung nach dem MVG EKD und der MAVO Caritas	1580

Inhaltsverzeichnis

VIII. Wehrdienstleistende	1581
1. Geltungsbereich des Arbeitsplatzschutzgesetzes	1581
2. Umfang des Kündigungsschutzes	1582
IX. Beauftragte des Arbeitgebers	1582
1. Beauftragter für den Immissionsschutz	1582
2. Betriebsbeauftragter für den Abfall und für den Gewässerschutz	1583
3. Betriebsarzt/Fachkraft für Arbeitssicherheit	1583
4. Sicherheitsbeauftragter	1584
5. Datenschutzbeauftragter	1584
6. Strahlenschutzbeauftragte	1585
 § 46 Änderungskündigung	 1586
I. Einführung	1587
1. Vorrang der Änderungskündigung	1590
2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen	1592
II. Begriff der Änderungskündigung	1593
1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot	1594
2. Die Teilkündigung	1596
3. Unbedingte oder bedingte Kündigung	1596
4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot	1598
III. Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung	1599
1. Form der Änderungskündigung	1600
2. Einhaltung der Kündigungsfrist	1602
3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen	1605
IV. Das Vertragsänderungsangebot	1612
1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots	1612
2. Vorbehaltlose Annahme	1613
3. Ablehnung des Änderungsangebots	1616
4. Die Annahme des Änderungsangebots unter Vorbehalt	1618
V. Der Streitgegenstand der Änderungsschutzklage	1629
1. Der Klageantrag der Änderungsschutzklage	1630
2. Die Bedeutung der Klagfrist bei unwirksamem Änderungsangebot	1632
VI. Der Prüfungsmaßstab der Änderungskündigung	1634
1. Der allgemeine Prüfungsmaßstab	1634
2. Die überflüssige Änderungskündigung	1636
3. Änderungskündigung zur Anpassung von Nebenabreden	1638
VII. Die soziale Rechtfertigung einer Änderungskündigung	1640
1. Insolvenzrechtliche Besonderheiten	1640
2. Betriebsbedingte Gründe	1642
3. Besonderheiten der Sozialauswahl	1651
4. Personen- und verhaltensbedingte Gründe	1662
5. Die Darlegungs- und Beweislast	1663
VIII. Die Beteiligung des Betriebsrats	1666
1. Die Anhörung des Betriebsrats nach § 102 BetrVG	1666
2. Die Beteiligung des Betriebsrats bei Versetzungen und Umgruppierungen	1668
3. Die Mitbestimmung nach § 87 BetrVG	1671
IX. Die Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	1671
 § 47 Beteiligung des Betriebsrats bei Kündigungen	 1674
I. Einleitung	1674
II. Voraussetzungen für die Beteiligung des Betriebsrats	1675
1. Bestehen eines Betriebsrats	1675
2. Funktionsfähigkeit des Betriebsrats	1677
3. Zuständigkeit des Betriebsrats	1677

Inhaltsverzeichnis

4. Kündigung des Arbeitgebers	1679
5. Arbeitnehmereigenschaft des Kündigungsempfängers	1680
III. Unterrichtung des Betriebsrats	1682
1. Zeitpunkt der Unterrichtung	1682
2. Form der Unterrichtung	1683
3. Inhalt der Unterrichtung	1684
4. Erweiterung des Mitbestimmungsrechts	1695
IV. Reaktion des Betriebsrats	1696
1. Grundlagen	1696
2. Zustimmung	1697
3. Absehen von einer sachlichen Stellungnahme	1697
4. Bedenken	1698
5. Widerspruch	1698
6. Anhörung des Arbeitnehmers	1702
V. Rechtsfolgen unterlassener und fehlerhafter Anhörung des Betriebsrats	1702
VI. Prozessuales	1703
1. Geltendmachung unterlassener oder fehlerhafter Anhörung im Prozess	1703
2. Darlegungs- und Beweislast	1703
3. Nachschieben von Kündigungsgründen	1704
VII. Beteiligungsrechte anderer Arbeitnehmervertretungen bei Kündigungen	1705
1. Kirchliche Mitarbeitervertretungen	1705
2. Öffentlicher Dienst	1707
§ 48 Der Kündigungsschutzprozess	1709
I. Anrufung des Arbeitsgerichts	1710
1. Ordnungsgemäße Klageerhebung	1720
2. Die Parteien des Kündigungsschutzprozesses	1745
3. Die Klageerhebungsfrist (§ 4 KSchG)	1753
4. Streitgegenstand und Rechtskraftwirkung	1774
5. Das Feststellungsinteresse	1781
II. Die Zulassung verspäteter Klagen	1786
1. Allgemeine Vorbemerkungen	1786
2. Der Gegenstand des Verfahrens nach § 5 KSchG	1787
3. Voraussetzungen der nachträglichen Klagezulassung	1788
4. Das Verfahren auf nachträgliche Klagezulassung	1792
5. Verfahrensfragen	1797
6. Rechtsmittel	1798
III. Verlängerte Anrufungsfrist	1799
1. Einführung	1799
2. Normzweck	1800
3. Die direkte Anwendung des § 6 S. 1 KSchG	1802
4. Die entsprechende Anwendung des § 6 S. 1 KSchG	1803
5. Die Hinweispflicht des Arbeitsgerichts	1806
IV. Wirksamwerden der Kündigung	1807
1. Reichweite des § 7 KSchG	1807
2. Weitere Rechtsfolgen der Fiktion	1808
3. Wirksamwerden der Änderungskündigung	1809
V. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil	1810
1. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen des Auflösungsurteils	1816
2. Der Auflösungsantrag des Arbeitnehmers	1825
3. Der Auflösungsantrag des Arbeitgebers	1828
4. Der von beiden Parteien gestellte Auflösungsantrag	1836
5. Die Abfindung nach § 10 KSchG	1837
VI. Das Wahlrecht des Arbeitnehmers nach § 12 KSchG	1847
1. Normzweck	1847

Inhaltsverzeichnis

2. Voraussetzungen des Wahlrechts	1848
3. Die Nichtfortsetzungserklärung	1852
4. Fortsetzung des bisherigen Arbeitsverhältnisses	1853
5. Vergütungsfragen	1854
§ 49 Aufhebungsverträge	1855
I. Zulässigkeit	1856
1. Grundsatz der Vertragsfreiheit	1856
2. Vorteile	1857
3. Abgrenzung zum Abwicklungsvertrag	1859
4. Abgrenzung zum Kündigungsbestätigungsvertrag	1866
II. Abschluss	1866
1. Form	1866
2. Zustandekommen	1870
3. Darlegungs- und Beweislast	1878
III. Hinweis- und Aufklärungspflichten des Arbeitgebers	1878
1. Informationsgefälle zwischen den Arbeitsvertragsparteien	1879
2. Beendigungsinitiative auf Seiten des Arbeitnehmers	1879
3. Beendigungsinitiative auf Seiten des Arbeitgebers	1880
4. Sachkundige Vertretung/Gerichtlicher Aufhebungsvertrag	1882
5. Inhalt/Umfang der Aufklärungspflicht	1882
6. Folgen	1883
7. Abdingbarkeit	1883
IV. Einfluss des Kündigungsschutzes	1884
1. Kündigungsfristen/Kündigungstermine	1884
2. Allgemeiner Kündigungsschutz	1884
3. Besonderer Kündigungsschutz	1884
4. Anzeigepflichtige Entlassungen	1884
V. Betriebsänderungen (§§ 111 ff. BetrVG)	1886
VI. Inhalt des Aufhebungsvertrags	1887
1. Einfacher/ausführlicher Aufhebungsvertrag	1887
2. Mindestinhalt	1887
3. Regelungsmaterien des Aufhebungsvertrags	1888
VII. Auslegung	1926
VIII. Gesetzliche Grenzen	1927
1. Nichtigkeit nach § 104 Nr. 2, § 105 BGB	1927
2. Nichtigkeit nach § 134 BGB	1927
3. Nichtigkeit nach § 138 BGB	1928
4. Unwirksamkeit nach § 242 BGB	1929
5. AGB-Kontrolle nach §§ 305 ff. BGB	1930
6. Benachteiligungsverbot nach §§ 2, 3, 7 AGG	1930
7. Verbot der Ungleichbehandlung	1930
IX. Beseitigung von Aufhebungsverträgen	1930
1. Anfechtung	1930
2. Rücktritts-/Widerrufsrecht	1938
X. Prozessuale Folgen	1942
XI. Rechtsfolgen	1943
1. Arbeitsrechtliche Folgen	1943
2. Sozialrechtliche Folgen	1943
§ 50 Anzeigepflichtige Entlassungen	1949
I. Einleitung	1949
II. Voraussetzungen der Anzeigepflicht	1950
1. Betrieb	1950

Inhaltsverzeichnis

2. In der Regel beschäftigte Arbeitnehmer	1952
3. Entlassungen	1954
4. 30-Tage-Zeitraum und Schwellenwerte	1957
III. Beteiligung des Betriebsrats	1957
1. Auskunft- und Unterrichtungspflicht	1957
2. Beratungspflicht	1959
3. Beteiligung bei leitenden Angestellten	1960
4. Rechtsfolgen mangelnder Beteiligung	1960
5. Andere Beteiligungsrechte bei Massentlassungen	1960
IV. Anzeige an die Agentur für Arbeit	1961
1. Anzeigenerstatter	1961
2. Zuständige Agentur für Arbeit	1962
3. Form	1962
4. Mussinhalt	1962
5. Sollinhalt	1963
6. Stellungnahme des Betriebsrats	1964
7. Anzeige bei Fehlen eines Betriebsrats	1966
8. Zeitpunkt der Anzeige	1966
9. Beteiligung des Betriebsrats	1966
10. Abhängige Unternehmen	1967
V. Rechtsfolgen der Anzeige	1967
1. Sperrfrist	1967
2. Freifrist	1975
VI. Rechtswidrigkeit der Entlassungen bei unterbliebener Anzeige	1976
VII. Klagefrist	1976
§ 51 Zeugnis	1977
I. Anspruchsberechtigte	1977
II. Schuldner des Zeugnisanspruchs	1977
III. Entstehung des Zeugnisanspruchs	1978
1. Endzeugnis	1978
2. Zwischenzeugnis	1979
IV. Formale Anforderungen an das Zeugnis	1979
V. Inhalt des Zeugnisses	1981
1. Einfaches Zeugnis	1981
2. Qualifiziertes Zeugnis	1982
VI. Durchsetzung des Zeugnisanspruchs	1984
1. Holschuld	1984
2. Zurückbehaltungsrecht	1984
3. Berichtigungsanspruch	1984
4. Schadenersatz	1985
5. Prozessuales	1985
VII. Verjährung, Verwirkung, Verfallfristen, Verzicht und Ausgleichsklausel	1986
VIII. Widerruf des Zeugnisses	1987
IX. Ersatzzeugnis	1987
X. Haftung gegenüber Dritten	1988
§ 52 Abwicklung des beendeten Arbeitsverhältnisses	1989
I. Arbeitspapiere	1989
1. Erstellung und Herausgabe	1989
2. Fälligkeit	1991
3. Holschuld	1991
4. Schadenersatz	1991
5. Prozessuales	1991

Inhaltsverzeichnis

II. Quittung und Ausgleichsquittung	1992
1. Quittung	1992
2. Ausgleichsquittung	1992
III. Abmeldung	1992

Teil J. Betriebsübertragungen

§ 53 Tatbestandliche Voraussetzungen des Betriebsübergangs	1993
I. Einleitung	1993
II. Tatbestandliche Voraussetzungen	1995
1. Betrieb und Betriebsteil	1995
2. Übergang	1998
3. Anderer Inhaber	2012
4. Rechtsgeschäft	2019
§ 54 Rechtsfolgen eines Betriebsübergangs	2022
I. Auswirkungen auf arbeitsvertragliche Rechte und Pflichten	2023
1. Eintritt in Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis	2023
2. Vertragsänderung bzw. Verzicht auf individualvertragliche Ansprüche	2029
3. Keine Erweiterung der vor dem Übergang bestehenden Rechte	2030
II. Auswirkungen auf Betriebsvereinbarungen	2031
1. Unmittelbare Fortgeltung von Betriebsvereinbarungen	2031
2. Fortgeltung kraft gesetzlicher Anordnung	2038
3. Ablösung durch kollektive Regelungen des Erwerbers	2042
4. Vereinbarungen mit Sprecherausschüssen	2043
III. Auswirkungen auf Tarifverträge	2043
1. Unmittelbare Fortgeltung von Tarifverträgen	2043
2. Fortgeltung kraft gesetzlicher Anordnung	2047
3. Ablösung durch Tarifverträge des Erwerbers	2050
4. Ablösung durch Betriebsvereinbarungen des Erwerbers	2052
5. Arbeitsvertragliche Bezugnahmeklauseln	2052
IV. Haftung von Erwerber und Veräußerer	2061
1. Haftung auf Grund Betriebsübergangs	2061
2. Erwerberhaftung in der Insolvenz	2062
3. Umwandlungsrechtliche Haftungstatbestände	2064
V. Auswirkungen aufeteiligungsrechte und Mandat betriebsverfassungs- rechtlicher Organe	2066
1. Betriebsübergang ohne Betriebsänderung	2066
2. Betriebs- bzw. Betriebsteilübergang und Betriebsänderung	2070
VI. Kündigungsverbot gemäß § 613a Abs. 4 BGB	2073
1. Kündigung „wegen“ Betriebsübergang	2073
2. Kündigung aus anderen Gründen	2074
3. Umgehungsverbot	2079
VII. Prozessuale Fragen	2082
1. Einheitliche Klagfrist gemäß § 4 KSchG	2082
2. Kündigungsschutzantrag	2082
3. Leistungsanträge	2084
4. Beweislastfragen	2085
5. Beschlussverfahren	2086
§ 55 Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht	2087
I. Die Unterrichtungspflicht	2088
1. Grundlage und Zweck	2088
2. Rechtsnatur	2088

Inhaltsverzeichnis

3. Verpflichtete und Adressaten der Unterrichtung	2089
4. Form und Zeitpunkt der Unterrichtung	2092
5. Inhalt und Umfang der Unterrichtungspflicht	2093
6. Rechtsfolgen unterbliebener oder fehlerhafter Unterrichtung	2109
II. Das Widerspruchsrecht	2112
1. Grundlagen	2112
2. Voraussetzungen für das Bestehen eines Widerspruchsrechts	2113
3. Anforderungen an die rechtswirksame Ausübung des Widerspruchsrechts	2114
4. Verzicht auf das Widerspruchsrecht	2119
5. Verwirkung und rechtsmissbräuchliche Ausübung	2120
6. Rechtsfolgen und mögliche Konsequenzen des Widerspruchs	2127
7. Anfechtung eines erklärten Widerspruchs	2131
8. Risiken eines unwirksamen Widerspruchs	2131

Teil K. Betriebsänderungen

§ 56 Tatbestandsvoraussetzungen von Beteiligungsrechten bei Betriebsänderungen	2133
I. Einführung	2134
II. Voraussetzungen der Beteiligungsrechte gemäß § 111 S. 1 BetrVG	2136
1. Unternehmensgröße	2136
2. Existenz eines Betriebsrats	2138
3. Betriebsänderung	2140
4. Erhebliche Teile der Belegschaft	2141
5. Möglichkeit wesentlicher Nachteile	2144
6. Planungsstadium	2145
III. Einzeltatbestände gemäß § 111 S. 3 BetrVG	2146
1. Einschränkung und Stilllegung gemäß § 111 S. 3 Nr. 1 BetrVG	2146
2. Verlegung des Betriebs oder wesentlicher Betriebsteile gemäß § 111 S. 3 Nr. 2 BetrVG	2150
3. Zusammenschluss oder Spaltung von Betrieben gemäß § 111 S. 3 Nr. 3 BetrVG	2151
4. Grundlegende Änderung der Betriebsstruktur gemäß § 111 S. 3 Nr. 4 BetrVG	2153
5. Einführung neuer Methoden und Verfahren gemäß § 111 S. 3 Nr. 5 BetrVG	2155
6. Kombination einzelner Tatbestände	2156
7. Zeitpunkt und Umfang der Unterrichtung	2157
8. Verhältnis zu unternehmens-/gesellschaftsrechtlichen Sachverhalten	2160
9. Streit über das Vorliegen einer Betriebsänderung	2161
IV. Zuständigkeiten	2164
1. Unternehmer	2164
2. Betriebsrat	2164
3. Gesamtbetriebsrat	2164
4. Konzernbetriebsrat	2165
5. Tarifvertraglich bestimmte Betriebsräte	2165
6. Unklare Kompetenzverhältnisse	2165
V. Der Betriebsratsberater gemäß § 111 S. 2 BetrVG	2166
1. Maßgebliche Unternehmensgröße	2167
2. Beteiligungspflichtige Betriebsänderung	2167
3. Begriff des Beraters	2168
4. Anzahl der Berater	2169
5. Umfang der Beratung	2169
6. Erforderlichkeit	2170
7. Kostentragung, Haftung	2171

Inhaltsverzeichnis

8. Rechtsstellung des Beraters	2171
9. Verhältnis zu anderen Informationsmöglichkeiten	2171
VI. Beteiligungsrecht gemäß § 106 BetrVG	2172
1. Voraussetzungen gemäß § 106 Abs. 1 BetrVG	2172
2. Wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß § 106 Abs. 3 BetrVG	2173
3. Zeitpunkt und Umfang der Unterrichtung	2176
4. Streit über das Vorliegen wirtschaftlicher Angelegenheiten oder die Erteilung einer Auskunft	2179
VII. Beteiligung des Sprecherausschusses der leitenden Angestellten	2180
1. Existenz des Sprecherausschusses	2180
2. Wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß § 32 SprAuG	2180
VIII. Beteiligungsrechte des Europäischen Betriebsrats	2181
1. Existenz eines Europäischen Betriebsrats oder Forums	2181
2. Grenzübergreifende Angelegenheiten gemäß § 31 EBRG	2182
IX. Ausnahme junger Unternehmen von der Sozialplanpflicht nach § 112a Abs. 2 BetrVG	2185
§ 57 Unterrichtung, Beratung, Verhandlung, Einigung	2186
I. Einführung	2187
II. Phasen	2187
1. Konzeption und Planung der Betriebsänderung	2188
2. Unterrichtung und Anhörung: Europäischer Betriebsrat/Forum	2191
3. Unterrichtung und Anhörung: SEBR	2195
4. Unterrichtung und Beratung: Sprecherausschuss	2196
5. Unterrichtung und Beratung: Wirtschaftsausschuss	2197
6. Unterrichtung und Beratung: Betriebsrat	2200
7. Verhandlungen über Interessenausgleich und Sozialplan	2206
8. Scheitern der Verhandlungen	2209
III. Einigungsstellenverfahren	2211
1. Bestellung der Einigungsstelle	2211
2. Einigungsstellenverfahren gemäß § 109 BetrVG	2212
3. Einigungsstellenverfahren nach § 112 Abs. 2 BetrVG	2213
4. Kosten der Einigungsstelle	2214
5. Gerichtliche Überprüfung der Einigungsstelle	2215
6. Besonderheiten im Insolvenzverfahren	2217
VI. Sicherung und Durchsetzung der Beteiligungsrechte	2218
1. Der Nachteilsausgleich des § 113 BetrVG	2218
2. Verfahren nach § 23 Abs. 3 BetrVG	2222
3. Ordnungswidrigkeit gemäß § 121 BetrVG; Straftat gemäß § 119 BetrVG	2223
4. Kollektiver Durchführungsanspruch(?)	2223
5. Fristenregelung	2225
6. Unterlassungsanspruch	2226
7. Sicherung der Beteiligungsrechte von EurBR, SEBR, SprA, WA	2230
8. Der Streit um den Tarifsozialplan	2231
§ 58 Regelungsinhalte	2233
I. Einführung	2234
II. Interessenausgleich gemäß § 112 BetrVG	2234
1. Inhalt des Interessenausgleichs	2235
2. Form des Interessenausgleichs	2247
3. Rechtswirkungen des Interessenausgleichs	2247
4. Laufzeit des Interessenausgleichs	2249
5. Der Interessenausgleich in der Insolvenz	2250
III. Sozialplan gemäß § 112 BetrVG	2250
1. Arten von Sozialplänen	2252

Inhaltsverzeichnis

2. Inhalt von Sozialplänen	2256
3. Rechtswirkungen von Sozialplänen	2275
4. Laufzeit von Sozialplänen	2276
5. Sozialpläne in der Insolvenz	2277
IV. Umsetzung der Regelungsinhalte	2277
1. Beachtung der Arbeitnehmerrechte	2278
2. Anhörung nach § 99 BetrVG	2278
3. Anhörung nach § 102 BetrVG	2278
4. Massenkündigung nach § 17 KSchG	2278
5. Beteiligung des Integrationsamtes	2279
6. Beteiligung des Amtes für Arbeitssicherheit	2280
7. Entlassung von Betriebsratsmitgliedern	2280
V. Betriebliche Folgen	2280
1. Betriebsratsstruktur	2280
2. Betriebsvereinbarungen	2281

Teil L. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat

§ 59 Organisation	2283
I. Der Betrieb	2284
1. Der betriebsratsfähige Betrieb	2284
2. Gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen	2285
3. Betriebsteile, Kleinstbetriebe	2287
4. Der gewillkürte Betrieb	2288
5. Streitigkeiten	2290
II. Der Betriebsrat	2291
1. Amtszeit	2291
2. Vertretung/Aufgabenteilung	2294
3. Geschäftsführung	2299
III. Gesamtbetriebsrat	2301
1. Errichtung	2302
2. Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrates	2302
3. Geschäftsführung	2303
IV. Konzernbetriebsrat	2304
1. Zuständigkeit	2304
2. Geschäftsführung	2305
V. Jugend- und Auszubildendenvertretung	2305
1. Jugend- und Auszubildendenvertretung im Betrieb	2305
2. Jugend- und Auszubildendenvertretung im Unternehmen	2306
3. Jugend- und Auszubildendenvertretung im Konzern	2307
VI. Der Arbeitgeber	2308
1. Begriff	2308
2. Vertreter	2308
§ 60 Kooperations- und Verhaltenspflichten	2310
I. Grundsätze für die Zusammenarbeit	2310
1. Vertrauensvolle, konstruktive Zusammenarbeit	2310
2. Friedenspflicht	2312
3. Verbot partei-politischer Betätigung	2314
4. Störung der Betriebsratsarbeit	2315
II. Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	2316
1. Benachteiligungsverbot	2316
2. Begünstigung	2316
III. Geheimhaltungspflicht	2317
1. Adressat der Geheimhaltungspflicht	2317

Inhaltsverzeichnis

2. Gegenstand der Geheimhaltungspflicht	2317
3. Schutzsubjekt der Geheimhaltungspflicht	2318
IV. Sanktionen und Rechtsschutz bei Pflichtverletzungen	2319
1. Verstoß gegen die Grundsätze für die Zusammenarbeit	2319
2. Verstoß gegen das Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	2319
3. Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht	2320
§ 61 Beteiligungstatbestände	2321
I. Informationsrechte	2321
1. Überblick	2321
2. Zeitpunkt und Umfang der Information	2322
3. Informationsinstrumentarien	2323
4. Verletzung der Informationspflicht	2325
II. Beratungsrecht, Anhörungsrecht	2325
1. Überblick	2326
2. Zeitpunkt und Umfang	2326
3. Verletzung der Beteiligungspflicht	2327
III. Vorschlags-(Initiativ-)rechte	2328
1. Überblick	2328
2. Behandlung der Vorschläge und Initiativen	2328
IV. Zustimmungspflichtige Maßnahmen	2330
1. Überblick	2330
2. Initiativrechte	2330
3. Einholung der Zustimmung	2331
4. Verletzung der Mitbestimmungspflicht	2331
§ 62 Kosten (Aufwendungen, Sachverständige, Schulungen)	2333
I. Kosten der Betriebsratstätigkeit	2333
1. Grundsätze	2334
2. Einzelne Kosten	2335
3. Streitigkeiten	2339
II. Sachaufwand für die Betriebsratstätigkeit	2340
1. Grundsätze	2340
2. Einzelne Sachmittel	2341
3. Streitigkeiten	2344
III. Kosten der Schulung und Bildung	2344
1. Kostenerstattung	2345
2. Lohnfortzahlung, Freizeitausgleich	2346
3. Streitigkeiten	2346
§ 63 Regelungsinstrumente	2348
I. Betriebsvereinbarung	2348
1. Die erzwingbare Betriebsvereinbarung	2350
2. Die freiwillige Betriebsvereinbarung	2358
3. Gruppenvereinbarung	2361
II. Regelungsabrede	2361
1. Gegenstand	2361
2. Abschluss	2361
3. Wirkung	2361
4. Beendigung	2361
§ 64 Betriebsverfassungsrechtliche Konfliktlösung	2363
I. Zuständigkeit der Einigungsstelle	2363
1. Erzwingbares Einigungsstellenverfahren	2363
2. Freiwilliges Einigungsstellenverfahren	2365

Inhaltsverzeichnis

II. Errichtung der Einigungsstelle	2365
1. Die einvernehmliche Errichtung	2366
2. Die streitige Errichtung	2367
III. Verfahren vor der Einigungsstelle	2369
1. Vertretung der Betriebsparteien	2369
2. Verfahrensgrundsätze	2369
3. Entscheidung der Einigungsstelle	2370
IV. Kosten der Einigungsstelle	2374
1. Vergütung der Beisitzer der Einigungsstelle	2374
2. Vergütung des Vorsitzenden	2374
3. Vergütung der Berater/Verfahrensbevollmächtigte	2375
4. Sachaufwand	2376

Teil M. Fremdpersonaleinsatz

§ 65 Drittbezogener Personaleinsatz	2377
I. Arbeitnehmerüberlassung – Übersicht	2377
II. Werk-(Dienst-)vertrag: Abgrenzung zur Arbeitnehmerüberlassung	2379
1. Kriterien der Abgrenzung	2380
2. Tatsächliche Vertragsabwicklung	2382
3. Beurteilungsspielraum der Gerichte	2383
4. Rechtsfolgen fehlerhafter Einordnung	2383
5. Checkliste	2384
III. Überlassung von Maschinen und Bedienungspersonal	2385
IV. Gemeinschaftsbetrieb	2385
V. Arbeitsvermittlung	2385
§ 66 Arbeitnehmerüberlassung	2387
I. Grundsätze der Arbeitnehmerüberlassung	2388
II. Übergangsrecht	2389
III. Arbeitnehmerüberlassung im Rahmen wirtschaftlicher Tätigkeit	2390
1. Anwendungsbereich des AÜG – generalisierte Erlaubnispflicht	2390
2. Erlaubnisvorbehalt	2392
3. Rechtsbeziehung Verleiher – Arbeitnehmer	2397
4. Rechtsbeziehung Entleiher – Arbeitnehmer	2404
5. Rechtsbeziehung Verleiher – Entleiher	2408
6. Erlaubniserteilungsverfahren	2409
IV. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	2410
1. Grundsatz und Bedeutung	2410
2. Hauptfälle	2410
3. Rechtsfolgen für Arbeitsverhältnis Verleiher – Arbeitnehmer	2411
4. Rechtsfolgen für Arbeitsverhältnis Entleiher – Arbeitnehmer	2412
V. Arbeitnehmerüberlassung im Konzern	2415
1. Konzern iSd AÜG	2415
2. „Nicht zum Zweck der Überlassung eingestellt oder beschäftigt“	2415
3. Konzernweite Versetzungsklausel	2415
VI. Arbeitnehmerüberlassung mit Auslandsbezug	2416
VII. Ordnungswidrigkeiten, Straftaten	2416
VIII. Gleichbehandlungsrecht, Sozialrecht	2417
1. Gleichbehandlungsrecht	2417
2. Sozialrecht	2418
IX. Sozialversicherungsrecht, Steuerrecht	2419
1. Sozialversicherungsrecht	2419
2. Steuerrecht	2420

Inhaltsverzeichnis

X. Betriebsverfassungsrecht	2421
1. Zuordnung der Leiharbeitnehmer	2421
2. Beteiligungsrechte des Betriebsrats beim Einsatz von Leiharbeitnehmern	2421

Teil N. Tarifvertragsrecht

§ 67 Einführung	2425
I. Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat	2425
II. Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages	2426
III. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände	2427
§ 68 Tarifgeltung	2431
I. Tarifgebundenheit	2431
1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft	2433
2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG	2436
3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers	2438
4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen	2439
5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung	2439
6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang	2447
7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge	2448
II. Geltungsbereich	2471
1. Persönlicher Geltungsbereich	2471
2. Räumlicher Geltungsbereich	2472
3. Betrieblicher/branchenmäßiger Geltungsbereich	2473
4. Zeitlicher Geltungsbereich	2474
5. Herauswachsen aus dem Geltungsbereich	2479
III. Tarifkollision	2480
1. Tarifkonkurrenz	2480
2. Tarifpluralität	2482
3. Tarifkollision/Tarifeinheitgesetz	2484
§ 69 Abschluss und Inhalt des Tarifvertrages	2487
I. Einführung	2487
II. Zustandekommen des Tarifvertrages	2488
1. Vertragsschluss	2488
2. Tariffähigkeit	2488
3. Tarifzuständigkeit	2493
4. Schriftform	2495
5. Publizität des Tarifvertrages	2495
III. Inhalt von Tarifverträgen	2496
1. Normativer Teil des Tarifvertrages	2497
2. Schuldrechtlicher Teil des Tarifvertrages	2499
3. Auslegung von Tarifverträgen	2500
§ 70 Rechtsnormen in Tarifverträgen	2507
I. Übersicht	2507
1. Materielles Gesetz	2507
2. Tarifnormen im arbeitsgerichtlichen Verfahren	2508
II. Unmittelbare Wirkung von Tarifnormen	2509
III. Zwingende Wirkung von Tarifnormen	2509
IV. Schranken der Normsetzung	2510
1. Verhältnis von Tarifnormen zu anderen Rechtsquellen	2510
2. Regelungsschranken	2515

Inhaltsverzeichnis

V. Ausnahmen der zwingenden Wirkung	2517
1. Günstigkeitsprinzip	2517
2. Tariföffnungsklauseln	2520
3. Wegfall der zwingenden Wirkung	2521
VI. Schutz vor Verlust tariflicher Rechte	2521
1. Verzicht auf entstandene tarifliche Rechte	2521
2. Verwirkung	2522
VII. Ausschlussfristen	2522
1. Übersicht	2522
2. Geltendmachung	2525
3. Unzulässige Berufung auf Ausschlussfristen	2530
VIII. Schutz der „kollektiven Normwirkung“	2531
 § 71 Koalitionsrecht	2533
I. Einführung	2533
II. Koalitionsbegriff	2533
1. Vereinigung	2534
2. Arbeitnehmer-/Arbeitgebervereinigung	2534
3. Zweck: Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschafts- bedingungen	2535
4. Unabhängigkeit	2535
5. Bekenntnis zur freiheitlichen Ordnung	2536
6. Gewerkschaftsbegriff	2536
III. Individuelle Koalitionsfreiheit	2536
1. Positive individuelle Koalitionsfreiheit	2536
2. Negative individuelle Koalitionsfreiheit	2537
IV. Kollektive Koalitionsfreiheit	2540
1. Bestandsgarantie	2540
2. Koalitionsmittelgarantie und Tarifautonomie	2541
3. Verbandsautonomie	2541
V. Schranken der Koalitionsfreiheit	2541
VI. Unmittelbare Drittwirkung	2542
 Teil O. Teilzeitarbeitsverhältnisse und Geringfügige Beschäftigung	
 § 72 Teilzeitarbeitsverhältnisse	2545
I. Einführung	2545
II. Kodifizierung des Teilzeitarbeitsrechts – Überblick	2546
1. Der teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer	2546
2. Teilzeitförderung	2547
3. Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbot	2549
III. Arbeitsbedingungen des Teilzeitarbeitnehmers von A bis Z	2550
IV. Nebenpflichten	2554
1. Verschwiegenheitspflicht	2555
2. Wettbewerbsverbot	2555
3. Nebentätigkeit	2555
V. Beendigung des Teilzeitarbeitsverhältnisses	2556
1. Allgemeines	2556
2. Teilzeitarbeitsverhältnis und betriebsbedingte Kündigung	2556
VI. Sonderformen der Teilzeitarbeit im TzBfG	2557
1. Arbeit auf Abruf (§ 12 TzBfG)	2557
2. Arbeitsplatzteilung (§ 13 TzBfG)	2559
VII. Teilzeitarbeit und Betriebsverfassung	2560
VIII. Teilzeitarbeit und Tarifvertragsrecht	2561

Inhaltsverzeichnis

§ 73 Der Anspruch auf Teilzeitarbeit	2562
I. Einführung	2563
II. Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen des § 8 TzBfG	2563
1. Anspruchsberechtigte Arbeitnehmer	2563
2. Kleinbetriebsklausel	2564
3. Wartezeit	2564
III. Verfahren zur Arbeitszeitverringerung nach § 8 TzBfG	2564
1. Geltendmachung des Teilzeitanpruchs	2565
2. Ankündigungsfrist	2567
3. Verhandlungsphase	2568
4. Reaktion des Arbeitgebers	2568
5. Zustimmungsfiktion	2569
IV. Betriebliche Gründe versus Teilzeitwunsch	2569
1. Entgegenstehendes unternehmerisches Organisationskonzept	2570
2. Gesetzliche Regelbeispiele als Ablehnungsgrund	2571
3. Sonstige Ablehnungsgründe	2574
V. Auswirkungen der Arbeitszeitreduzierung auf die Vergütung	2575
VI. Mitbestimmung des Betriebsrats	2576
VII. Teilzeitarbeit nach anderen Gesetzen	2577
1. Teilzeitarbeit während Elternzeit	2578
2. Teilzeitarbeit bei Schwerbehinderung	2582
3. Teilzeitarbeit während Pflegezeit	2583
4. Familienpflegezeit	2584
VIII. Prozessuales	2585
1. Teilzeitanpruch nach TzBfG	2585
2. Teilzeitanpruch nach § 15 BEEG	2588
3. Teilzeitanpruch nach § 81 Abs. 5 SGB IX	2589
4. Teilzeitanpruch nach PflegeZG und PFfZG	2589
§ 74 Altersteilzeit	2590
I. Einführung	2590
II. Anspruch auf Altersteilzeitarbeit	2592
1. Kein gesetzlicher Anspruch	2592
2. Tarifvertragliche Ansprüche	2592
3. Anspruch aus Betriebsvereinbarung	2593
4. Individualvertraglicher Anspruch	2593
III. Voraussetzungen (un-)geförderter Altersteilzeit	2594
1. Voraussetzungen für (un-)geförderte Altersteilzeit auf Arbeitnehmerseite	2594
2. Voraussetzungen für (un-)geförderte Altersteilzeit auf Arbeitgeberseite	2595
IV. Altersteilzeitvertrag	2596
V. Durchführung des Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisses	2598
1. Allgemeines	2598
2. Rechte und Pflichten der Arbeitsvertragsparteien	2599
3. Kündigung des Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisses	2601
4. Reguläre Beendigung des Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisses	2602
5. Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrecht	2602
VI. Prozessualer Hinweis	2603
§ 75 Geringfügige Beschäftigung	2604
I. Einführung	2604
II. Geringfügige Beschäftigung als Teilzeitarbeitsverhältnis	2605
III. Formen geringfügiger Beschäftigung	2605
1. Entgeltgeringfügigkeit	2606
2. Zeitgeringfügigkeit/Kurzfristbeschäftigung	2607
3. Geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten	2608

Inhaltsverzeichnis

IV. Zusammenrechnung von Arbeitsentgelt	2608
V. Rechte und Pflichten der Arbeitsvertragsparteien	2609
1. Individualarbeitsrecht	2609
2. Betriebsverfassungsrecht	2613
3. Tarifvertragsrecht	2613
4. Betriebliche Altersversorgung	2614
VI. Die „Gleitzone“	2614

Teil P. Arbeitsgerichtsverfahren

§ 76 Der Anwalt im Arbeitsgerichtsprozess	2617
I. Prozesskostenhilfe und Beordnung nach § 11a ArbGG	2617
1. Prozesskostenhilfe	2617
2. Beordnung nach § 11a ArbGG	2626
3. Beratungshilfe	2626
II. Prozessvertretung im Urteilsverfahren	2627
1. Prozessvertretung in erster Instanz	2627
2. Prozessvertretung in zweiter Instanz	2628
3. Prozessvertretung in dritter Instanz	2628
III. Verfahrensvertretung im Beschlussverfahren	2628
1. Verfahrensvertretung in erster Instanz	2628
2. Verfahrensvertretung in zweiter Instanz	2628
3. Verfahrensvertretung in dritter Instanz	2629
§ 77 Das Urteilsverfahren	2630
I. Parteien des Urteilsverfahrens	2633
1. Arbeitgeber	2633
2. Arbeitnehmer	2634
3. Zur Berufsausbildung Beschäftigte	2635
4. Gleichgestellte Personen	2635
II. Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen	2640
1. Internationale Zuständigkeit	2640
2. Deutsche Gerichtsbarkeit	2641
3. Rechtswegzuständigkeit	2641
4. Fallgruppen der Rechtswegzuständigkeit	2647
5. Prüfung der Rechtswegzuständigkeit	2665
6. Entscheidungen über die Rechtswegzuständigkeit	2669
7. Örtliche Zuständigkeit	2673
8. Entscheidung über örtliche Zuständigkeit	2676
III. Vorgerichtliche Verfahren nach § 111 Abs. 2 ArbGG	2677
1. Prozessvoraussetzung	2678
2. Verfahren	2678
3. Verhältnis zum Kündigungsschutzgesetz	2678
4. Prozesskostenhilfe	2678
IV. Mahnverfahren	2679
V. Urteilsverfahren erster Instanz	2679
1. Kollegialgerichte	2679
2. Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	2679
3. Klageerhebung	2683
4. Güteverhandlung	2683
5. Vorbereitung der Verhandlung vor der Kammer	2689
6. Vorbereitung in Bestandsschutzverfahren	2690
7. Anordnung des persönlichen Erscheinens	2691
8. Kammertermin	2694
9. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	2695

Inhaltsverzeichnis

10. Beweisverfahren	2703
11. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten	2709
12. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen	2709
13. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung	2712
14. Vorläufige Vollstreckbarkeit	2715
VI. Urteilsverfahren zweiter Instanz	2720
1. Statthaftigkeit der Berufung	2721
2. Zulassung der Berufung	2723
3. Berufungsfrist	2723
4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist	2724
5. Form und Inhalt der Berufung	2725
6. Begründung der Berufung	2727
7. Beantwortung der Berufung	2731
8. Anschlussberufung	2731
9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung	2732
10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung	2732
11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz	2733
12. Beschränkung der Berufung	2734
13. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	2734
14. Urteil zweiter Instanz	2735
VII. Urteilsverfahren dritter Instanz	2735
1. Revisionsfähiges Urteil	2735
2. Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht	2735
3. Nichtzulassungsbeschwerde	2741
4. Einlegung der Revision	2743
5. Revisionsgründe	2746
6. Im Revisionsverfahren anzuwendende Vorschriften	2748
7. Anschlussrevision	2748
8. Einschränkung der Revision	2748
9. Säumnisverfahren	2748
10. Vergleich – Erledigung der Hauptsache	2748
11. Weiteres Verfahren	2749
12. Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils	2749
VIII. Beschwerde	2750
IX. Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	2750
X. Außerordentlicher Rechtsbehelf	2752
XI. Arrest und einstweilige Verfügung	2752
1. Grundsätze	2752
2. Arrest	2753
3. Einstweilige Verfügung	2753
XII. Vollstreckung arbeitsrechtlicher Titel	2757
1. Allgemeines	2757
2. ABC der Vollstreckung arbeitsgerichtlicher Titel	2758
XIII. Streitwert und Streitwertfestsetzung im Urteilsverfahren	2760
1. Arbeitsgerichtliche Wertfestsetzung	2760
2. Urteilsstreitwert nach § 61 Abs. 1 ArbGG	2760
3. Gerichtsgebührenstreitwert	2761
4. Rechtsanwaltsgebührenstreitwert	2763
 § 78 Das Beschlussverfahren	 2765
I. Zuständigkeit im Beschlussverfahren	2766
II. Urteils- oder Beschlussverfahren	2766
1. Typische Ansprüche von Arbeitnehmern	2767
2. Ansprüche von Betriebsratsmitgliedern	2767

Inhaltsverzeichnis

3. Ansprüche von Jugend- und Auszubildendenvertretern/Schwerbehindertenvertretung	2767
4. Ansprüche von/gegen Gewerkschaften	2768
5. Verweisung in die andere Verfahrensart	2768
III. Beteiligte im Beschlussverfahren	2769
1. Beteiligtenfähigkeit	2769
2. Antragsteller	2769
3. Beteiligungsbefugnis	2770
4. Antragsbefugnis	2772
5. Antragsgegner	2773
6. Weiterer Antragsteller	2773
IV. Antrag im Beschlussverfahren/Einleitung des Verfahrens	2774
1. Antragsschrift	2774
2. Antrag	2774
3. Rechtsschutzinteresse	2776
4. Änderung des Antrags	2776
5. Zustellung der Antragsschrift	2776
6. Rücknahme des Antrags	2777
7. Örtliche Zuständigkeit	2777
V. Verfahren erster Instanz	2777
1. Anhörung	2777
2. Untersuchungsgrundsatz	2777
3. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	2778
4. Beschlüsse und Verfügungen	2778
5. Vergleich	2778
6. Erledigungserklärung	2779
7. Entscheidung im Beschlussverfahren	2779
8. Zwangsvollstreckung	2780
9. Einstweilige Verfügung	2781
VI. Zweiter Rechtszug	2781
1. Grundsätze	2781
2. Einlegung und Begründung der Beschwerde	2781
3. Beschwerdeverfahren	2782
4. Erledigung des Verfahrens	2782
5. Entscheidung über die Beschwerde	2783
VII. Dritter Rechtszug	2783
1. Rechtsbeschwerde	2783
2. Anschlussrechtsbeschwerde	2783
3. Nichtzulassungsbeschwerde	2783
4. Sprungrechtsbeschwerde	2783
5. Einlegung und Begründung der Rechtsbeschwerde	2784
6. Verfahren beim Bundesarbeitsgericht	2784
VIII. Beschlussverfahren in besonderen Fällen	2785
1. Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit	2785
2. Allgemeinverbindlicherklärung	2785
3. Auflösung der Tarifikollision	2785
4. Besetzung der Einigungsstelle	2786
5. Beschlussverfahren nach der Insolvenzordnung	2787
IX. Verfahrenswert im Beschlussverfahren	2787
§ 79 Kosten und Kostenerstattung	2788
I. Kosten	2788
1. Gebühren und Auslagen	2788
2. Fälligkeit der Kosten	2789
3. Nichterhebung von Dolmetscherkosten	2789

Inhaltsverzeichnis

II. Kostentragungspflicht im Urteilsverfahren 1. Instanz	2789
1. Grundsatz	2789
2. Prozessuale Kostenerstattung	2790
3. Materiell-rechtliche Kostenerstattung	2790
4. Vertragliche Kostenverpflichtung	2791
5. Hypothetische Kostenberechnung	2791
6. Ausnahmen bei Verweisung	2791
III. Kostentragungspflicht im Urteilsverfahren 2. und 3. Instanz	2792
IV. Kostentragungspflicht im Beschlussverfahren	2793
1. Allgemeines	2793
2. Materieller Kostenerstattungsanspruch	2793
V. Kostentragungspflicht im Beschwerdeverfahren	2794
 Teil Q. GmbH-Geschäftsführer und AG-Vorstand 	
§ 80 Das Anstellungsverhältnis des GmbH-Geschäftsführers	2795
I. Grundlagen	2795
1. Trennung von Organstellung und Anstellung	2795
2. Grundzüge der Organstellung	2796
3. Rechtsnatur des Anstellungsvertrags	2798
4. Sonderfälle	2805
5. Lohnsteuer und Sozialversicherung	2809
II. Begründung und Inhalt des Anstellungsvertrags	2811
1. Vertragsschluss	2811
2. Vertragsinhalte	2812
III. Beendigung des Anstellungsvertrags	2820
1. Schicksal der Organstellung	2820
2. Vertragsbeendigung durch Kündigung	2820
3. Vertragsbeendigung durch Aufhebungsvertrag	2824
IV. Rechtsschutz vor Gericht	2825
1. Prozessuale Fragen	2825
2. Rechtsschutz gegen Abberufung	2826
3. Rechtsschutz gegen Kündigung	2827
4. Vergütungsklage im Urkundenprozess	2827
§ 81 Das Anstellungsverhältnis des AG-Vorstandsmitglieds	2828
I. Grundlagen	2828
1. Bestellung und Anstellung	2828
2. Rechtsnatur des Anstellungsvertrags	2829
3. Sozialversicherung	2830
4. Steuerliche Behandlung	2830
II. Begründung der Organstellung	2831
III. Begründung und Inhalt des Anstellungsvertrags	2832
1. Vertragsschluss	2832
2. Drittanstellung	2834
3. Fehlerhafter Anstellungsvertrag	2834
4. AGG-Anwendung und Frauenquote	2835
5. Vertragsinhalte	2836
IV. Beendigung der Organstellung	2847
1. Beschlussfassung und Erklärung des Widerrufs	2847
2. Wichtiger Grund	2848
3. Wirkung des Widerrufs	2849
4. Amtsniederlegung	2850
5. Einvernehmliches Ausscheiden	2850
6. Suspendierung	2850

Inhaltsverzeichnis

V. Beendigung des Anstellungsvertrags	2850
1. Erklärung der Kündigung	2850
2. Außerordentliche Kündigung	2851
3. Ordentliche Kündigung	2852
4. Aufhebungsvereinbarung	2852
VI. Rechtsschutz	2853
 Teil R. Mediation und Konfliktmanagement	
§ 82 Mediation und Konfliktmanagement in der Arbeitswelt	2855
I. Einleitung	2856
II. Grundlagen der Mediation	2859
1. Begriff der Mediation	2859
2. Charakteristika der Mediation	2859
III. Standortbestimmung der Mediation gegenüber anderen arbeitsrechtlichen Konfliktlösungsverfahren	2867
1. Mediation als Alternative im Tarif- und Arbeitskampfrecht	2867
2. Mediation als Alternative zur Einigungsstelle oder tariflichen Schlichtungsstelle	2869
3. Beschwerderecht nach §§ 84, 85 BetrVG und betriebliche Beschwerdestelle ..	2872
4. Beschwerderecht nach § 13 AGG	2873
5. Mediation als Alternative bei individualrechtlichen Streitigkeiten	2873
6. Beschlussverfahren für betriebsverfassungsrechtliche Streitigkeiten	2880
7. Schiedsstelle für Streitigkeiten auf Grund des Arbeitnehmererfindergesetzes	2881
8. Schlichtungsverfahren für Berufsausbildungsverhältnisse	2882
9. Auswirkung des Verbots der Schiedsgerichtsbarkeit	2883
IV. Ablauf einer – innerbetrieblichen – Mediation	2884
1. Abschluss einer Mediationsvereinbarung	2884
2. Phasen eines Mediationsverfahrens	2885
3. Einfluss der Unternehmensstruktur auf den Ablauf einer innerbetrieblichen Mediation	2887
V. Einsatzbereiche für Mediation bei innerbetrieblichen Konflikten	2889
1. Auseinandersetzungen im und mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften	2890
2. Auseinandersetzungen in und zwischen Abteilungen oder Teams	2892
3. Auseinandersetzungen zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten	2892
4. Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern	2893
5. Konflikte im Rahmen von Kündigungen und bei Betriebsänderungen	2893
6. Konflikte im Aufsichtsrat, zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsleitung und innerhalb der Geschäftsleitung	2893
VI. Weitere Fragen zur Durchführung innerbetrieblicher Mediationsverfahren	2894
1. Auswahl des Mediators	2894
2. Branchenkenntnisse/Insiderwissen	2895
3. Co-Mediation/Interdisziplinäre Mediation	2895
4. Mehrparteien-Mediation	2896
5. Mediation in distributiven Konflikten	2896
6. Lösungsorientierung versus Transformation	2898
7. Fortsetzung des Mediationsverfahrens in der Einigungsstelle (MedArb-Verfahren)	2900
8. Kostentragung bei innerbetrieblichen Mediationsverfahren	2902
9. Arbeitsrechtliche „Fallstricke“ des Einsatzes von innerbetrieblicher Mediation	2902
VII. Wertschöpfung durch Mediation	2904
1. Wertschöpfung für das Unternehmen	2904
2. Wertschöpfung für die Mitarbeiter	2908

Inhaltsverzeichnis

VIII. Maßnahmen zur Implementierung von Mediation im Unternehmen	2909
1. Geeignete Maßnahmen für ein funktionales Konfliktmanagementsystem	2909
2. Flow Chart eines innerbetrieblichen Konfliktmanagementablaufs	2913
3. Einsatz von innerbetrieblichen Mediatoren	2914
4. Betriebliche Mediations- und Beschwerdestellen	2916
5. Betriebsvereinbarung zur Einführung eines Konfliktmanagementsystems	2916
6. Richtlinien zur Konfliktbewältigung oder Dispute Guidelines als Bestandteil von Arbeitsverträgen	2917
IX. Zusammenfassung und Ausblick	2917
Anhang 1	2919
Anhang 2	2922
Anhang 3	2928
Anhang 4	2928
Sachverzeichnis	2929



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG